

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 12. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 16. September 2009
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste: Nathalie Aebischer, Volontärin beim Rechtsdienst

Entschuldigt: Rolf Adam
Benedikt Gnos
René Imhof
Robert Richner
Semra Sakar
Hans-Peter Tschui
Giulio Vögelin
Joël Wartenweiler (anwesend ab 18.30 Uhr)

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22
18.30 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines **Mitgliedes der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen** für den zurückgetretenen Felix Keller-Maurer, CVP-Fraktion,

-
- | | |
|---|-----------------|
| für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) | Geschäft 3871 |
| 2. Wahl eines Mitgliedes der Umweltkommission
für die zurückgetretene Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) | Geschäft 3873 |
| 3. Bericht des Gemeinderates vom 12.08.2009 betreffend
Sondervorlage für CHF 263'000.00 zur Teilsanierung
des Schulzentrums Neualschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat | Geschäft 3865 |
| 4. Bericht des Gemeinderates vom 05.08.2009 betreffend
Leistungspostulate pro 2010 sowie Bericht der GPK an den Einwohnerrat
vom 23.08.2009 betreffend Prüfung der Leistungspostulate 2010
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber | Geschäft 3867/A |
| 5. Bericht des Gemeinderates vom 05.08.2009 sowie
Bericht der VPK vom 27.08.2009 betreffend Bewilligung von
Verpflichtungskrediten für die Einreichung von Haltestellen
der Buslinien 64, 38 und 48
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt | Geschäft 3872/A |
| 6. Interpellation von Susanne Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2009 betreffend
Tageskartenangebot
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3862A |
| 7. Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 18.06.2009 betreffend
Soll die Gemeinde die Polizei leasen?
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3870A |
| 8. Postulat von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, vom 03.03.2009 betreffend
Montage von Robi-Dogs beim Mühlemattweg bis zur Staumauer
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt | Geschäft 3838 |
| 9. Postulat von Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion,
vom 17.03.2009 betreffend „ Trottoir-Absenkung “
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt | Geschäft 3844 |
| 10. Motion von Josua M. Studer, SVP, vom 25.05.2009 betreffend
Entfernung von Schwellen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3860 |
| 11. Motion von Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, vom 28.05.2009 betreffend
Anpassung der Subventionsschlüssel an das Nettoeinkommen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli | Geschäft 3864 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- Fragestunde

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 12 vom 16. September 2009

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Armin Bieri, Präsident: Liebe Anwesende. Ich möchte euch herzlich begrüßen zum neuen Parlamentsjahr. Speziell begrüßen möchte ich Herrn Peter Brack von der CVP, der für Felix Keller-Maurer nachgerückt ist. Des Weiteren möchte ich begrüßen Frau Nathalie Aebischer, Volontärin im Rechtsdienst, die heute dabei ist im Rahmen ihrer Ausbildung.

Ich möchte kurz noch ein paar persönliche Worte an euch richten. Ich freue mich auf das neue Jahr. Die meisten waren schon parlamentarisch aktiv, vor allem in den Kommissionen. Das hat teilweise schon Mitte August angefangen, spätestens Anfang September. Da waren die meisten schon ziemlich fleissig. Ich wünschte mir, dass wir es ein wenig ruhiger und sachlicher angehen könnten, und dass wir noch ein wenig besser vorwärts kommen. Emotionen sind ganz wichtig, sie sind das Salz in der Suppe. Aber es ist auch so, dass eine versalzene Suppe meistens nicht so gut geniessbar ist. In dem Sinne möchte ich jetzt anfangen.

[**Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Ich komme zu den **Mitteilungen** aus dem Präsidium.

Mit Schreiben vom 28. August hat Joël Wartenweiler seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat gegeben, weil er wegzieht. Rücktrittsdatum ist der 17. September; also morgen.

Eine weitere Mitteilung: Die Reservesitzung, die für nächste Woche provisorisch geplant war, findet nicht statt. Ihr habt dort also einen freien Tag.

Als nächstes kommen wir zu Josua Studer. Er möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Josua Studer, parteilos: Es freut mich, dass ihr mich hier drin immer noch anschauen dürft, obwohl andere Leute das anders gewünscht hatten. Ich sitze jetzt eben an einem anderen Platz. Ich werde nicht minder tätig sein. Ich werde meine Pflichten, die ich vom Wähler übertragen erhalten habe, weiterhin wahrnehmen. Ich werde explizit auf Dinge hinweisen, die nicht gut sind oder die in meinen Augen ein Missstand sind, und ich werde alles daransetzen, diese Dinge zu verbessern. Und das jetzt eben leider – oder auch zum Glück für mich – als Parteiloser. Ich wurde von der Parteileitung der SVP Allschwil-Schönenbuch ausgeschlossen, habe dagegen rekurriert. Es wäre die Idee gewesen, dass das Thema an einer GV behandelt wird – mein Wunsch wäre gewesen: so schnell wie möglich, damit wir Facts haben. Das war dann nicht möglich. Die Parteileitung hat mir mitgeteilt, sie wolle es erst im Jahr 2010 bei der ordentlichen GV behandeln. Meine Frau hat dann Gott sei Dank Unterschriften gesammelt, damit eine ausserordentliche GV abgehalten werden konnte. Bei dieser ausserordentlichen GV wollte man mir zu wenig Zeit geben, um die Situation aus meiner Sicht zu erläutern. Als ich mehrfach vom Kantonalpräsidenten unterbrochen wurde, stelle ich ihm eine entscheidende Frage, die er mir nicht beantworten wollte. Er fand, ich sei nicht da, um Fragen zu stellen. Daraufhin habe ich meinen Rekurs zurückgezogen, habe also den Entscheid der Parteileitung akzeptiert. Und alles, was ihr in den Medien gelesen habt, sind Informationen entweder von der SVP Allschwil oder von der SVP Baselland. Die SVP Baselland teilt die Meinung, dass ich, obwohl ich aus der Sektion ausgeschlossen bin, weiterhin Mitglied der SVP Baselland sei und somit auch der SVP Schweiz. Ich sehe das anders. Ich sehe mich nicht mehr als Mitglied der SVP an, weder Baselland noch Schweiz noch international... das gibt es auch! Wir sind weit verbreitet... also „wir“...Entschuldigung, ich rede halt immer noch nach dem, wie ich mich fühle. Das dementsprechende Gefühl habe ich noch, aber ich bin es nicht mehr. Ich bin jetzt parteilos. Landrat bleibe ich, bin noch geduldet in der Fraktion – mal schauen, wie lange. Denn ihr kennt mich, wie ich bin, und ich bin dort oben nicht anders als hier. Obwohl das nicht so ganz gewünscht ist. Aber ich muss ja nicht das machen, was diese Leute wollen, sondern ich muss das machen, was der Wähler will. Und ihr wisst ganz genau, ich habe einen sehr aggressiven Wahlkampf geführt vor etwas mehr als einem Jahr und habe sehr gut abgeschnitten. Das war für mich das Zeichen, dass dieser Stil gewünscht ist; und darum setze ich den um, ob das gewissen Leuten gefällt oder nicht.

Ich möchte mich jetzt kurz halten. Ich spreche gerade noch für meine Frau, in ihrem Auftrag, damit es einfacher geht: Sie musste mit dem ganzen Vorfall einfach genug einstecken und gab dann ebenfalls den Austritt aus der SVP, auch aus der Fraktion. Deshalb sind wir beide jetzt eben nach hier hinten verbannt. Wir sind jetzt ziemlich nahe bei der CVP. Es wird sich dann zeigen, ob das politisch auch so kommt. Aber wir fühlen uns wohl hier hinten. Wir haben hier den Überblick. Und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch. Herzlichen Dank.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu den **Vorstössen**. Wir haben zwei dringliche Motionen und ein dringliches Verfahrenspostulat. Wir gehen der Reihe nach.

Zum Geschäft 3885, dringliche Motion: Entlohnung der Einwohnerratssitzung analog Kommissionssitzungen von Josua Studer. Herr Studer, bitte zur Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Dringlichkeit ist gegeben, damit wir das so schnell wie möglich umsetzen können. Den Text habt ihr ja alle vorliegen, und deshalb muss ich nicht weiter darauf eingehen.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit. Es braucht eine 2/3-Mehrheit. Wer für die Dringlichkeit ist, hebt jetzt die Karte hoch.

://:

Die Dringlichkeit wird grossmehrheitlich verneint.

Armin Bieri, Präsident: Das nächste Geschäft, 3886, dringliche Motion, Ausweitung der „Anlegebewilligung“ für die Bounty. Herr Studer, bitte zur Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Ihr wisst alle, wir haben Mitte September, und gemäss Medienberichten sollte bis Ende Jahr das Schiff weg sein. Und wenn wir es heute nicht behandeln, besteht die Gefahr, dass das Schiff weg ist und wir die Motion behandeln müssten. Das heisst, ich müsste sie dann wieder zurückziehen, und das wäre schade. Ich bitte um Zustimmung.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte gern vom Gemeinderat wissen, wer überhaupt parat wäre, darauf eine Antwort zugeben.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit. Wer die Motion als dringlich betrachtet, zeigt das jetzt mit der Karte.

://:

Die Dringlichkeit wird mehrheitlich bejaht.

Armin Bieri, Präsident: Die Motion wurde als dringlich erklärt. Wir werden sie nach der Pause behandeln.

Das dritte Geschäft, 3887, ist ein dringliches Verfahrenspostulat, betreffend neues Geschäftsreglement des Einwohnerrates. Herr Studer, bitte zur Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Die Dringlichkeit ist gegeben, damit das Reglement schnellstmöglich in der Kommission für Reglemente behandelt werden kann. Wir müssen das heute ja nicht beraten, sondern nur überweisen, und deshalb ist das eine Kleinigkeit. Die Reglementscommission war damit einverstanden gewesen, dass man ein neues Reglement macht. Sie wollten das aber wegen der vielen Arbeit nicht sofort an die Hand nehmen. Deshalb habe ich mir die Zeit genommen, diese Arbeit zu übernehmen und habe diesen Vorschlag gemacht. Somit müsste jetzt eigentlich die Kommission nur noch eine Kleinigkeit unternehmen. Ich bitte um Zustimmung.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit.

Jürg Gass, Präsident der Reglementscommission: Ich lege euch ans Herz, das abzulehnen, und zwar aus folgendem Grund: Die Reglementscommission hat sich nicht gescheut, das Ganze nochmals aufzurollen. Aber wir haben letztes Mal, bei dieser Teilrevision, gesehen, wie lang das ging. Das war eine wunderschöne Zeit, die wir hier drin verbrachten, mehrere Stunden. Und nun sollen wir in dieser kurzen Zeit nochmals über das Ganze gehen. Wir hatten zwar einmal gesagt, wir würden selber eine Totalrevision vorschlagen, kamen dann aber doch einstimmig überein, dass wir jetzt zuerst einmal diese ganze Teilrevision laufen lassen, um zu sehen, was überhaupt noch anfällt. Wir sehen ja, dass Herr Studer wieder sehr viele neue Änderungen drin hat, und ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir das behandeln, wieder genau gleich weit sind. Unser Vorschlag ist, die Sache jetzt sicher einmal ein Jahr lang laufen zu lassen und die Dinge zu sammeln, falls irgendetwas anfällt. Dann sind wir gerne bereit. Es liegt nicht an der Arbeit, dass wir das nicht gerne machen würden. Aber jetzt, zu diesem Zeitpunkt, lege ich euch ans Herz, das abzulehnen.

Josua Studer, parteilos: Ein Jahr warten ist grundsätzlich gar nicht möglich. Das heisst, in einer der nächsten Sitzungen sollte das behandelt werden. Also wenn wir heute die Dringlichkeit absprechen, dann können wir nicht einfach ein Jahr warten und es dann auf die Traktandenliste setzen. Ich möchte dies dem Büro einfach eingehend in Erinnerung rufen, dass das so schnell wie möglich auf die Traktandenliste gehört. Und dann weiss ich jetzt schon ganz genau, dass ihr das zur Ablehnung empfehlen wollt. Ich finde das nicht in Ordnung. Es ist ein Affront, wenn ich mir so viel Arbeit gemacht habe, um etwas Gutes für den Einwohnerrat zu tun, und ihr entscheidet dann so schnoddrig darüber.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit. Wer das Postulat als dringlich erklären möchte, hebt jetzt die Karte.

://:

Die Dringlichkeit wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Armin Bieri, Präsident: Als Nächstes kommen wir zu den neuen Vorstössen. Ihr seht auf euren Tischen, wir haben eine grosse Menge Papier. Ich gehe es jetzt einzeln durch, damit der einzelne Motionär/Motionärin, Postulant/Postulantin, Interpellant oder Interpellantin kurz dazu Stellung nehmen kann.

Zuerst Geschäft 3882, Motion Schliessung der Wahllokale am Samstag. Frau Susanne Studer?

Susanne Studer, parteilos: Keine Begründung.

Armin Bieri, Präsident: Geschäft 3889, Motion Schliessungszeit der Wahllokale. Frau Studer?

Susanne Studer, parteilos: Ebenfalls keine Begründung.

Armin Bieri, Präsident: Geschäft 3885, ehemals dringliche Motion, jetzt noch Motion, Entlohnung der Einwohnerratssitzung. Herr Studer bitte.

Josua Studer, parteilos: Es ist alles geschrieben.

Armin Bieri, Präsident: Geschäft 3889, Dynamische Fahrgastinformation der BVB, Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Ich sage es jetzt grad allgemein, zu allen meinen Vorstössen, die jetzt noch erwähnt werden: Sie sind alle gut beschieben, und ihr könnt sie in aller Ruhe daheim vor dem Fernsehen bei einem langweiligen Fernsehprogramm lesen.

Armin Bieri, Präsident: Geschäft 3890, Tonaufnahmen der Einwohnerratssitzungen als Podcasts. [Kein Wortbegehren].

Wir kommen zu den Postulaten. Geschäft 3876, Gratis-Sperrgutabfuhr von Mathilde Oppliger.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich bin schon x-mal von Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil darauf angesprochen worden, warum man in Allschwil keine Gratis-Sperrgutabfuhr mache. Basel-Stadt macht das ja vierteljährlich. Unsere Gemeinde hat ja die Sperrgutabgabe auf der Gemeinde geschlossen, und jetzt muss man in die Kiesstrasse hinuntergehen. Da hat man mich eben gefragt, ob ich nicht einmal einen Vorstoss machen könnte, dass es auch in Allschwil eine Gratis-Sperrgutabfuhr gibt; ich denke vielleicht zweimal im Jahr. Das ist meine Begründung.

Armin Bieri, Präsident: Geschäft 3891, Postulat „Elterliche Kindererziehung ist der externen Tagesbetreuung vorzuziehen“ von Herrn Studer. Da haben wir ja mitbekommen, dass es kein Wortbegehren gibt.

Nächstes Geschäft 3892, Postulat betr. „Stopsignalisation“ ändern auf „Kein Vortrittsignalisation“, ebenfalls von Herrn Studer, ist insoweit ebenfalls abgehakt, ebenfalls das Verfahrenspostulat 3887 von Herrn Studer.

Dann das Geschäft 3894, Postulat der FDP/GLP-Fraktion betreffend Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil von Herrn Mollat.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Keine Wortmeldung, danke.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu den Interpellationen. Geschäft 3877, Niederlassung von Fahrenden auf den Wegmatten, von Herrn Schwarz. [Kein Wortbegehren].

Nächste Interpellation, Geschäft 3878, Glasfasernetz in Allschwil von Herrn Maurer

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Ich habe diese Interpellation eingereicht, weil ich mit den Antworten auf das Budgetpostulat von Josua Studer nicht ganz zufrieden gewesen war. Ich hatte das Gefühl, der Gemeinderat hat sich bis jetzt noch keine Gedanken darüber gemacht, wie ein Glasfasernetz in Allschwil aussehen soll; und ich hoffe, dass mit dieser Interpellation diese Fragen beantwortet werden können.

Armin Bieri, Präsident: Nächste Interpellation, Geschäft 3884, betreffend Grundstück bei der Wertsoffsammelstelle Ecke Baslerstrasse/Parkallee, von Frau Gosteli.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich habe schon einmal in einer Fragestunde auf die Ecke Baslerstrasse/Parkallee hingewiesen. Ich war dort nicht ganz zufrieden mit den Antworten. An dieser Stelle gibt es Neuerungen, eventuell auch eine neue Bushaltestelle, und ich möchte dazu einfach Näheres wissen. Darum diese Interpellation.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur letzten Interpellation, Geschäft 3888, Allschwiler Website, von Herrn Studer. Das ist auch abgehakt.

Wir kommen zur **Traktandenliste**. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungswünsche zur Traktandenliste gibt.

Josua Studer, parteilos: Im Einwohnerratsreglement steht, dass wir Leistungspostulate in der Septembersitzung zu behandeln haben. Ich war erstaunt, dass das Büro des Einwohnerrats diese Leistungspostulate nicht direkt nach den Wahlgeschäften auf die Traktandenliste gesetzt hat, sondern erst bei Nr. 4. Ich möchte beliebt machen, dass wir die Nummern 3 und 4 switchen.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen über diesen Vorschlag ab. Wer dafür ist, dass Nr. 4 vorgezogen wird auf die Stelle von Nr. 3, hebt jetzt die Karte.

://:

Der Vorschlag, die Traktanden 3 und 4 zu vertauschen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Armin Bieri, Präsident: Damit ist die Traktandenliste so genehmigt. Wir kommen zu Traktandum 1.

454 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen für den zurückgetretenen Felix Keller-Maurer, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3871

Armin Bieri, Präsident: Die CVP-Fraktion schlägt Herrn Lukas Brügger vor. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Lukas Brügger wird in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen gewählt.

455 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes der Umweltkommission für die zurückgetretene Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3873

Armin Bieri, Präsident: Die CVP schlägt Herrn Peter Brack vor. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Peter Brack wird in stiller Wahl als Mitglied der Umweltkommission gewählt.

456 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 12.08.2009 betreffend Sondervorlage für CHF 263'000.00 zur Teilsanierung des Schulzentrums Neuallschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3865

Armin Bieri, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Gibt es Kommentare zum Eintreten? [Kein Wortbegehren].

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Der Gemeinderat und die Verwaltung gelangen heute mit der Bitte an Sie, Geld für einen sinnvollen Vorzug von Investitionen zu sprechen. Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 25. März dieses Jahres ein dringliches Postulat grossmehrheitlich überwiesen, das zum Gegenstand hat, den Lift im Trakt C des Schulzentrums Neuallschwil wieder in Betrieb zu nehmen. Er hat damit auch ein Thema wieder aufgegriffen, das schon im Jahr 2004 von den Nutzerinnen und Nutzern, von der Lehrerschaft im Schulhaus, eingegeben wurde. Grundsätzlich ist zu diesem Lift zu sagen, dass es drei verschiedene Varianten gibt. Es gibt eine Instandsetzung, so dass er wieder funktioniert. Es gibt eine Sanierung, so dass der Lift auch wieder den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Und es gibt eine Neubauvariante; die wäre allerdings noch mal ein wenig teurer. Der Gemeinderat und die Verwaltung möchten Ihnen beliebt machen, dass Sie der Sanierung des Lifts zustimmen, und zwar in der Variante, wie es in der Vorlage beschrieben ist. Der Lift würde dann die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, wie sie in Baselland und auch in Basel-Stadt in den nächsten paar Jahren eintreten werden. An der Sitzung vom 27. Mai konnte der Gemeindepräsident eine Interpellation zum Thema „Aufträge für Allschwiler Firmen in Zeiten der Krise“ beantworten. Nun ist die Krise zwar noch nicht ganz in Allschwil angekommen. Es gibt noch Arbeit. Aber mit dem Geld, das Sie heute Abend hoffentlich bewilligen, können 40 Zimmer in einen beleuchtungstechnisch einwandfreien Zustand gebracht werden. Bei Schulzimmern und auch bei Korridoren müssen wir gewisse Richtlinien einhalten. Sie werden vom Kanton vorgegeben. Das heisst, dass wir in einem Schulzimmer 500 Lux haben sollten, und in einem Gang etwa 100 Lux. Leider ist dies in diesem Schulzentrum, das in den 60er Jahren geplant wurde und das Ende 60er Jahre umgesetzt wurde, ein wenig in Vergessenheit geraten. Das Bedürfnis nach Licht in den Gängen ist zugunsten von architektonisch-ästhetischen Gesichtspunkten ein wenig untergegangen. Diesen Zustand können wir heute verbessern, wenn wir eine gewisse Summe Geld in die Hand nehmen, um die Decken weiss zu streichen und die Schulzimmerbeleuchtungen auf einen modernen Stand bringen. Ein weiterer Grund für die Beleuchtungsinstandsetzung ist: Es gibt zu dieser Beleuchtung, die jetzt doch immerhin fast 40 Jahre alt ist, gar keine Ersatzteile mehr. Dem entsprechend müssten wir so oder so in nächster Zeit aktiv werden.

Dann hätte ich noch etwas zum Geld – da hätte ich gerne die Folie bitte. Die Investitionen im laufenden Jahr verschieben sich aus verschiedenen Gründen. Sie sehen also, dass wir hier durchaus noch Platz haben für Gelder, die wir zum Teil noch ausgeben können. Also für den Lift, würde ich sagen, kann es dieses Jahr noch reichen. Bei den Schulzimmern sind wir halt zum Teil darauf angewiesen, dass wir das in den Schulferien machen. Das wird wirklich erst in den Fasnachtsferien stattfinden können, da die Feiertage zwischen Weihnachten und Neujahr einfach zu kurz sind, um umfangreiche Arbeiten in den Schulzimmern vorzunehmen. Bei den Gängen und Korridoren müssen wir von Fall zu Fall nachschauen, ob es möglich ist, dass wir das Geld noch dieses Jahr ausgeben können – anderenfalls ganz sicher zusammen mit diesen 40 Schulzimmern, die zu sanieren sind.

Abschliessen möchte ich Sie bitten, dieser Vorlage so zuzustimmen.

Josua Studer, parteilos: Es ist eine gute Sache, wenn Geld investiert wird. Es ist eine gute Sache, wenn das Geld in Allschwil bleibt; denn dann kommt es auch wieder zur Gemeinde zurück in Form von Steuern und zufriedenen KMU. Ich kann mich erinnern, als wir hier drin die Debatte wegen dem Lift hatten, ging es ziemlich hitzig zu und her. Ich vertrat dort ganz klar die Meinung, es sei nicht nötig, diesen Lift wieder in Betrieb zu nehmen. Inzwischen ist es überwiesen worden. Wir haben jetzt eine Vorlage. Ihr kennt mich alle; ich setze mich mit der Sache auseinander. Ich habe das Ganze eingehend vor Ort angeschaut und muss einfach so viel sagen: Das mit dem Lift ist nur zu 50% erfüllt. Das Schulhaus hat zwei Gebäude, links und rechts. An beiden Orten hat es einen Lift. Der eine funktioniert, der andere nicht. Und schon in der Vorlage steht, dass der Lift nur ein Warenlift und für Personentransporte nicht zulässig sei. Wenn man aber ins Hallenbad geht, kann man beim Bademeister läuten, wenn man gehbehindert ist, und dann darf man mit dem Lift hinunterfahren. Die Frage ist einfach, wie lange es geht, bis die kantonalen Behörden das erfahren. Dann stehen sie hier auf der Matte und sagen: Der Lift muss saniert werden entsprechend den heutigen Vorschriften, so, wie man den anderen Lift wieder in Betrieb nehmen möchte. Sprich: Wir müssen gerade noch mal 100'000 Franken sprechen. In der Vorlage steht auch, dass dieses Geld nicht in Allschwil bleibt, weil Allschwil ja keinen Liftbauer hat. Somit ist das mal als Erstes aus dieser Sicht abzulehnen. Ich bringe aber Ideen, wenn ich gegen etwas bin. Und ich stelle einfach einmal die Frage in den Raum: Wisst ihr eigentlich, in welchen Schulhäusern es einen Lift hat? Das heisst, das Problem, das wir jetzt mit dem Schulhaus Neuallschwil haben, kann jederzeit in einem anderen Schulhaus auch auftreten. Ausser – das wissen viele nicht – im Schulhaus Schönenbuchstrasse und im Schulhaus Breite. Dort hat es nämlich Treppenlifte, so genannte Plattformlifte. Das heisst, man kann mit einem Rollstuhl darauf fahren, der Abwart kann seine Putzmaschine und sonstigen Sachen, Tische und Stühle, darauf stellen und hinauffahren; er muss die Sachen also nicht hinauftragen und schon seinen

Rücken. Ich weiss aus erster Hand, was solche Treppenlifte kosten. Wir haben im Haus meiner Eltern solche Treppenlifte montieren lassen. Ich habe bei verschiedensten Firmen Offerten eingeholt und sie angeschaut. Ich weiss, dass es nicht viel teurer käme, wenn wir alle Schulhäuser, die noch keinen Treppenlift haben, mit Treppenliften ausstatten würden. Das würde viel mehr bringen, wir hätten sehr attraktive Schulhäuser, in denen jederzeit ein behindertes Kind zur Schule gehen könnte. Wenn jetzt eines im Schönenbuchschulhaus oben ist und den Lift benötigt, und die Eltern zügeln, dann muss es ja in ein anderes Schulhaus, und dann müssen wir dort auch einen Treppenlift montieren. Der Treppenlift im Schönenbuchschulhaus wurde durch die IV bezahlt, auch die ganzen Umbauten der WC-Anlagen. Unter Umständen, mit gutem Verhandlungsgeschick, kann man vielleicht herausholen, dass die IV etwas daran zahlt. Denn es ist Vorschrift, dass öffentliche Bauten behindertengerecht gebaut sein müssen.

Aus diesem Grund: In erster Linie einmal nein zu dieser Liftsanierung im Schulhaus Neuallschwil. Und dann habe ich auch einen schriftlichen Antrag in Form einer Folie, die man auflegen kann, wenn wir über den Antrag abstimmen: dass wir in den anderen Schulhäusern, die Allschwil gehören, oder die durch Allschwil betrieben werden, einen Treppenlift montieren. So würden wir das Geld besser investieren.

Weiter zur Beleuchtung und zu den Malerarbeiten: Es ist wirklich wahr, das Schulhaus Neuallschwil ist ein sehr dunkler Bunker. Es ist nicht sehr freundlich. Man hat gemäss Auskunft der Abwarte vor nicht langer Zeit einmal die Lampen im Erdgeschoss und im ersten Stock erneuert und Bewegungssensoren installiert, was ja auch sinnvoll ist. Neue Lampen haben auch den Vorteil, dass sie weniger Energie brauchen. Ich bin daher erstaunt, jetzt vom Gemeinderat zu hören, dass der Kanton die Ansiedlung von Tieren in den Schulhäusern verlangt; es wurde gesagt, in den Gängen müsse es hundert Lux haben. Ich gehe davon aus, dass das die Einheit der Lampenstärke ist und nicht Tiere bezeichnet. Ich möchte euch beliebt machen, dass wir nicht nur in den Schulzimmern, wie die Vorlage das vorsieht, Lampen ersetzen, sondern auch in den Gängen draussen. Erstens unter dem Aspekt der Energieeinsparung. Zweitens: Wenn die Decken und Wände gestrichen werden und zu einem späteren Zeitpunkt die Lampen doch ausgewechselt werden müssen, weil es keine Ersatzteile mehr gibt, dann ist es möglich, dass die alte Lampe grösser ist als die neue, und somit muss der Maler dann schon wieder zum Streichen kommen; und das ist nicht schön. Ich würde sagen, es macht nicht mehr viel aus, wenn wir dort auch eine anständige Beleuchtung installieren und vor allem Bewegungssensoren, dies insbesondere auf den WC-Anlagen. Dann haben wir nicht abends hell erleuchtete Schulhäuser, weil die Schüler beim letzten WC-Gang die Lichter haben brennen lassen.

Ich bitte Euch, dem Lift nicht zuzustimmen, und dafür meinem Antrag wegen der Treppenlifte zuzustimmen. Und dann habe ich auch noch einen Antrag auf zusätzliche Beleuchtung und Bewegungssensoren in den Gängen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/Grünliberale begrüßen diese Investitionen, weil wir der Meinung sind, dass sie bautechnisch nötig sind. Wir begrüßen also auch den Lift. Auch wir kennen die Kosten dieser Treppenlifte, und ich bin überzeugt, dass die 100'000 Franken nie und nimmer ausreichen würden, um sämtliche anderen Schulhäuser mit solch einem Lift auszustatten. In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch auf unser Postulat hinweisen, mit dem wir auf dem gleichen Schulzentrum Neuallschwil eine Solaranlage verlangen. All diese Investitionen würden, zumindest teilweise, dem Allschwiler Gewerbe zugute kommen. Als liberale Fraktion möchten wir aber den Gemeinderat trotz, oder gerade wegen des freihändigen Verfahrens natürlich auch auffordern, bei der Vergabe der Aufträge jeweils mehrere Offerten einzuholen und auf ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis zu achten.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Es freut mich ausserordentlich, dass mein Postulat vom 16. März 2009 zu dieser Sondervorlage Teilsanierung Schulzentrum Neuallschwil geführt hat. Der Lift, der sieben Jahre stillgelegt war, soll wieder instand gestellt werden. Ich freue mich im Namen aller gehbehinderten Kinder, Eltern und Personen, die im Schulhaus ein- und ausgehen müssen. Heute wird jedes öffentliche Gebäude behindertengerecht gebaut. So ist es mehr als recht, dass unser Schulhaus diese Forderung erfüllt. Aber nicht nur der Lift soll saniert werden, sondern es soll auch durch Aufhellung der Decken die Sicherheit für die Benutzer erhöht werden. Die Beleuchtung soll durch zeitgemässe, Strom sparende Leuchtmittel ersetzt werden. Das begrüßen wir sehr. Ich danke dem Gemeinderat für die positive Bearbeitung meines Postulats. Wir von der SP/EVP-Fraktion unterstützen diese Sondervorlage.

Susanne Amrein, CVP-Fraktion: Die CVP unterstützt diese Vorlage auch. Ich möchte mich den letzten beiden Vorredner anschliessen. Ich betone aber auch, dass uns dieses Geschäft ja auch unter dem

Aspekt Wirtschaftsförderung unterbreitet wurde – nur: Die Handwerker, die da Arbeit bekommen, haben im Moment keine Probleme, Aufträge zu bekommen. Darauf möchte ich doch hinweisen, dass hier nicht unbedingt die Wirtschaftsförderung im Vordergrund steht. Und dass wir uns bewusst sein müssen, dass die Revisionen auf die Schulferien Rücksicht nehmen müssen und erst im Jahr 2010 umgesetzt werden können.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Ich berichte jetzt natürlich etwas aus erster Hand, weil ich dort tätig bin. Ich kann ein paar Details erzählen. Zuerst zum Licht. Da muss ich einem Punkt widersprechen: Es wurden keine neuen Lampen montiert in den unteren Geschossen, sondern lediglich Bewegungsmelder. Es gibt erst ein Schulzimmer, das neue Lampen hat, aber noch keine gestrichenen Decken, und man sieht dort schon eine wesentliche Verbesserung. Also, ich kann Josua Studer insofern folgen, als er sagt: überall Bewegungsmelder. Denn das ganze Schulhaus ist teilweise tagsüber hell erleuchtet, und wir können nicht ständig Lichter an- und abschalten. Kaum schalten wir eines ab, schaltet es garantiert hinten ein Kind wieder an. In den WC ist es genau das Gleiche. Da kann ich Josua Studer also folgen. Wo ich ihm nicht ganz folgen kann, ist die Sache mit dem Lift. Er erzählt da etwas vom Schwimmbad und vom Behindertenaufzug. Ich bin seit zwei Jahren dort und habe noch nie einen Behinderten dort hinunterfahren sehen. Das ist auch fast nicht möglich, denn: Wie soll ein Behinderte abends in das Schulhaus hineinkommen? Vorne haben wir ein Tor, das verschlossen ist, und ein Drehkreuz. Vorne gibt es keine Glocke, und einen Rollstuhl bringt man nicht durch dieses Drehkreuz. Der kommt also schon nicht hinunter. Und wenn er dort hin kommt, kann er nicht allein in diesen Lift gehen. Das ist so, denn da muss der Bademeister mit dem Schlüssel hineingehen. Das ist kein Publikumsaufzug. Da kann nicht jeder drücken und Lift fahren. Darum wäre es beim alten Lift nicht sehr tragisch, wenn man den einfach in Betrieb lässt. Wenn dort jemand kommt, wird diese Person sowieso begleitet. Beim neuen Lift – wo Josua Studer sagt, er würde da lieber Treppenaufzüge sehen – muss man sich vorstellen: Wir haben dort vier Stockwerke. Wenn man dort einen Treppenaufzug installiert – Josua Studer war wirklich dort, ich muss sagen, das war super, dass er sich das anschauen kam zusammen mit seiner Frau – er hat aber nicht gesehen, wie es in der Pause ist, wenn die Kinder da herunterrennen. So ein Treppenaufzug hat eine Plattform. Die ist zwar hochgeklappt, das ist richtig. Aber in einer Primarschule, da rennen die Kinder, sie klettern auf allem herum. Man muss sich vorstellen, dass dann eventuell einmal jemand drüberklettert – das sind doch vier Stockwerke, die man hinunterfallen könnte. Und dann geht es noch darum: Wenn man ein Kind auf diesen Lift setzt, dann hat er etwa fünf Minuten, bis er oben ist. Wenn man sich vorstellt, dass der Lift zuunterst stationiert ist, dann muss die Lehrerin den Lift erst fünf Minuten lang von zuunterst nach oben holen. Sie geht dann neben dem Kind her – es muss begleitet sein – die Treppe hinunter in die Pause. Dann kann sie es gleich wieder drauf setzen, damit sie rechtzeitig wieder oben sind. Es ist also sehr ineffizient. Auch für Warentransporte sind diese Treppenaufzüge eigentlich gar nicht zugelassen. Man kann vielleicht etwas draufstellen, muss aber auch immer nebenhergehen. Wir haben einen Lift, in der Musikschule drüben, der zwar auch seit Jahren ausser Betrieb ist, der bis 150 Kilo zugelassen ist. Also was kann man dort schon drauf tun. Ein Warenlift, wie er gemäss Vorlage installiert würde, hat sichere Türen und würde auch nicht von den Kindern bedient, sondern wenn, dann von den Lehrern. Das ist nicht ein Lift, in den die Kinder nach der Pause hineinstürmen und hinauf- und hinunterfahren. Man muss sich dann noch vorstellen, es hat ja nicht nur Kinder in diesem Haus. Es war die Rede von Materialtransporten, von Hauswarten, die Tische transportieren. Die wiegen auch nicht gerade nichts. Und wir haben im Keller drunten das Heimatmuseum und den Kulturverein. Die schleppen jetzt auch ihr Zeug die Treppe hinunter und gehen dort durch – die haben auch Sachen, die nicht gerade leicht sind. Auch die könnten möglicherweise einmal etwas mit dem Lift transportieren. Oder wenn wir ein Palett haben – wir haben das ganze Material im Keller gelagert. So ein Palett wiegt 500 Kilo. Das würde heissen: Wir stapeln es von Hand auf das Treppenaufzugchen, fahren hinunter und lagern es dort schon wieder um. Also das wäre einfach eine unnötige Arbeit. Ein Treppenaufzug wäre für mich eine Notlösung, wenn es nichts anderes gibt. Aber für einen richtigen Lift haben wir doch bereits den Schacht, also nehmen wir ihn doch wieder in Betrieb. Das ist das einzig Vernünftige, was wir dort tun können.

Ich bitte euch also, dieser Vorlage zuzustimmen, aber nicht auf den Antrag von Josua Studer einzugehen. Denn das wäre wirklich hinausgeworfenes Geld. Das kommt garantiert teurer mit diesen Treppenaufzügen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Jürg Gass, du hast mir fast alles vorweggenommen, was ich sagen wollte. Aus bekannten Gründen – wer mich länger kennt, weiss es – musste ich mich selber schon um einen Treppenaufzug kümmern. Ich weiss daher, wie kompliziert das je nachdem ist, so einen in bestehende Treppenhäuser einzubauen, geschweige denn in so ein Betontreppenhaus wie es dieses Schulhaus hat. Im Übrigen hat Jürg Gass schon alle Argumente genannt, die gegen einen Treppenaufzug sprechen. Und

eben: Der Liftschacht, alles besteht schon. Da nehme ich jetzt an, es ist viel günstiger, den zu sanieren, als in solch ein Treppenhaus – oder in diese mehreren Treppenhäuser – Treppenlifte einzubauen.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass die Räume im Schulzentrum aufgehellt werden müssen. Denn wer das Schulzentrum kennt, der weiss einfach, es ist wirklich dunkel und düster, und es macht wirklich kein gutes Bild für unsere Gemeinde. Man soll das aufhellen, einerseits mit Malerarbeiten und dazu mit neuen Beleuchtungen. In einem Punkt muss ich Josua ein wenig Recht geben. Auch die Gänge sind wirklich sehr dunkel. Kann man da vielleicht einen Nachtrag machen oder das überprüfen, wenn man das schon als Ganzes anschaut.

Wir haben in der Fraktion auch über diesen Lift diskutiert. Da kam vor allem etwas heraus, wo wir einfach fanden: Wenn die Gemeinde schon ein neues Gebäude hinstellt, dann ist sie auch verantwortlich dafür, dass die Infrastruktur instand gehalten wird. Uns hat es einfach befremdet – weil wir alle ja neuere Mitglieder im Einwohnerrat sind – dass man damals diesen Lift nicht in Betrieb genommen, also wieder saniert hat, sondern das einfach jahrelang hinausgezögert und nichts gemacht hat. Das ist ja, wie wenn im Gemeindezentrum der eine Lift ausfallen würde, und man würde ihn dann schliessen und sagen, den reparieren wir erst in zehn Jahren. Wir hoffen also auch für die Zukunft, dass solche Sachen nicht hinausgezögert werden und die Instandhaltungen immer gerade ad hoc erledigt werden.

Die SVP-Fraktion ist für beides, einerseits für die Malerarbeiten und die Beleuchtungen, und auch für die Instandstellung des Lifts.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz zu zwei Punkten. Zum Lift: Der Unterhalt eines solchen Treppenlifts ist viel intensiver, denn er geht schneller kaputt. Das ist das eine. Und das Zweite ist: Sogar die IV, bzw. pro infirmis, die die Bewilligungsinstanz ist, zumindest einmal im Kanton Basel-Stadt, sieht Treppenlifte ganz klar als reine Notlösung an, wenn überhaupt nichts anderes mehr geht. Also auch die Behindertenverbände sind eigentlich gegen Treppenlifte, wenn es andere Lösungen gibt.

Josua Studer, parteilos: Es wurden jetzt doch ein paar komische Sachen gesagt. Ich bin einfach erstaunt, dass man auf eine gute Idee nicht eintreten möchte. Es wäre ja noch schön, wenn es heissen würde: Okay, wir machen diesen Lift, und an den anderen Orten, wo nichts vorhanden ist, installieren wir Treppenlifte, damit wir anständige Möglichkeiten haben. Das Postulat von Franziska Pausa war explizit auf das eine Kind abgestützt, das damals Verletzungen hatte, die es ihm unmöglich machten, die Treppe zu erklimmen. Und so etwas kann jederzeit in einem anderen Schulhaus auch passieren. Und eigentlich ist ja diese Idee, den Lift wieder in Betrieb zu setzen, nur für den Fall, dass wieder ein Kind eine solche Verletzung hat, dass es nicht Treppen laufen kann. Und da finde ich es schon ein wenig wahnsinnig, 100'000 Franken für so einen Lift auszugeben. Wenn man damit rechnen muss, dass der andere Lift dann auch noch kommt, sind wir bei 200'000. Und mit Treppenliften fährt man nicht fünf Minuten, bis man oben ist. Und diese Firmen – Riegert und wie sie alle heissen – installieren sehr viele Lifte in Schulhäusern. Im Schönenbuch-Schulhaus geht ein Junge täglich einmal hinauf und zweimal hinunter, und dort sind alle sehr glücklich. Also das kann es nicht sein. Gefährlich ist so ein Treppenlift nämlich auch nicht. Und Kinder reiten nicht einfach darauf herum. Das ist einfach ein erweitertes Geländer. Und bei einem Plattformlift sind das ja eigentlich drei Schienen, wie Handläufe. Was daran gefährlich ist, weiss ich nicht. Und zur Information: Vielleicht mag der Lift im Musikschulhaus nur 150 Kilo tragen – diese Gewichte sind heute höher. Die sind heute bei 400 und 500 Kilo. Und das Palett-Material, das Jürg Gass angesprochen hat, muss er auch mit einem Lift umladen, spätestens bei der Schwelle zum Luftschutzraum, wo er das Zeug deponiert. Und wenn er es abladen muss, kann er es ja grad auf einen Sackkarren tun. Damit kann er dann bis in den Raum hineinfahren. Also deswegen, denke ich, müssen wir nicht 100'000 Franken anlangen für einen Lift, wenn wir das Geld dazu verwenden könnten, die anderen Schulhäuser auch auf Vordermann zu bringen, so dass wir allen etwas Tolles bieten könnten. Ich bin etwas erstaunt, dass manche gar nicht auf meinen Antrag eingegangen sind und ihn gar nicht gewertet haben. Sie wollen ihn halt einfach ablehnen. Aber ich weiss dann auch entsprechend drauf zu reagieren.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen jetzt zur abschnittswisen Beratung. Der zweite Vizepräsident wird die Abschnitte vorlesen, dann kann man sich nochmals zu den Abschnitten zu Wort melden. Danach kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates und von Familie Studer.

1. Ausgangslage
Keine Wortmeldung
2. Erwägungen
Keine Wortmeldung
3. Finanzielles
Keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zu Punkt 4, Anträge.

4.1 Für das Streichen der Betondecken und das Ersetzen der Deckenbeleuchtung im Schulzentrum Neuallschwil wird ein Verpflichtungskredit von CHF 163'000.00 inkl. MWST bewilligt.

Wer dem zustimmen möchte, erhebt die Karte.

://:
Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zum Antrag von Josua Studer, der dort angezeigt wird.

In Korridoren, Gängen und WC-Anlagen wird die Beleuchtung ebenfalls auf den neusten Stand gebracht und mit Bewegungssensoren ausgestattet.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, soll jetzt die Karte erheben.

://:
Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu zum Antrag des Gemeinderats Nr. 4.2

[Diskussion zwischen dem Präsidenten und einem Ratsmitglied über die Verfahrensweise]

4.2 Für die Instandstellung und Modernisierung des Aufzuges im Trakt C des Schulzentrums Neuallschwil an die heutigen Vorschriften wird ein Verpflichtungskredit von CHF 100'000 inkl. MWST bewilligt.

Wir stellen dem den Antrag von Josua Studer gegenüber:

Anstelle der Instandstellung und Modernisierung des Aufzuges im Trakt C des Schulzentrums Neuallschwil an die heutigen Vorschriften für CHF 100'000 sollen Treppenlifte in den Schulhäusern von Allschwil installiert werden, welche im Besitz der Gemeinde bleiben.

Wer für Antrag 4.2 ist, soll jetzt die Karte erheben.

://:
Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen angenommen.

Wer für den Antrag von Josua Studer ist, soll jetzt die Karte erheben.

://:
Der Antrag wird nicht angenommen.

Wir kommen zum Antrag des Gemeinderat Nr. 4.3

4.3. Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2009 = 122.2 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

Wer dem zustimmen kann, soll die Karte erheben.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

4.4 Vom Kostengenauigkeitsgrad von +/- 5% wird Kenntnis genommen

://:

Einstimmig ja

4.5 Das dringliche Postulat, Geschäft Nr. 3843, Eingang: 16. März 2009, wird als erfüllt angesehen.

://:

Einstimmig ja

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Vielen Dank für das Vertrauen. Vielen Dank vor allem für das Vertrauen, das Sie in die Hauptabteilung Hochbau – Raumplanung gegeben haben. Ich werde so bald wie möglich mit einer Schätzung kommen, was Sie mit dem Zusatzantrag, den Herr Studer gestellt hat, gesprochen haben. Sie werden lückenlos darüber informiert, um wie viel Geld es sich da ungefähr handelt. Denn Sie haben uns da ja einen Freibrief gegeben. Aber Sie werden in Kenntnis gesetzt, was das in Zahlen heisst.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über das Geschäft 3865.

://:

Das Geschäft wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

457 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

**Bericht des Gemeinderates vom 05.08.2009 betreffend
Leistungspostulate pro 2010 sowie Bericht der GPK an den Einwohnerrat
vom 23.08.2009 betreffend Prüfung der Leistungspostulate 2010
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3867/A**

Andreas Bammatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Die GPK hat an ihrer letzten Sitzung die Prüfung der Leistungspostulate für 2010 vorgenommen. Dazu hat sie einen kurzen Bericht verfasst, der Ihnen vorliegt. Die GPK folgt in allen Anträgen denjenigen des Gemeinderates. Ebenso stellt sie fest, dass dieses Jahr nicht alle Anträge formell korrekt sind. Ich, der Sprecher, muss mich da an der eigenen Nase nehmen. Die GPK dankt an dieser Stelle allen, die einen Beitrag geleistet haben zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität der Leistungen in unserer Gemeinde: den Antragstellenden, der Verwaltung und dem Gemeinderat. Die GPK geht davon aus, dass in der Einzeldebatte jeweils noch Details erläutert werden. Und im Namen der GPK bitte ich, die Leistungspostulate und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich kann mich dem Präsidenten der GPK anschliessen. Man hört heraus, dass wir uns mit den Leistungspostulaten nach wie vor leicht schwertun. Dies vor allem in der formellen Präzision dieser Postulate; ich rede da nicht unbedingt vom Inhalt. Ich danke aber trotzdem auch allen, die sich die Mühe gemacht haben, Leistungspostulate einzureichen. Ich kann vielleicht sagen: Die Kosten-Leistungs-Rechnung war im Gemeinderat auch schon ein Thema. Wir haben uns damit auseinandergesetzt und werden, zwecks Vereinfachung der ganzen Problematik, im Rahmen eines

Projekts die Kosten-Leistungs-Rechnung überprüfen. Sprich also auch den Versuch unternehmen, die Sache zu verschlanken. Wir werden Ihnen dann entsprechende Vorlagen unterbreiten, wie man diese Kosten-Leistungs-Rechnung übersichtlicher gestalten könnte, so dass man aufgrund dieser Kosten-Leistungsrechnung auch besser führen und leiten kann. So viel bis hierher. Im Übrigen geben wir dann gerne Auskunft zu einzelnen Punkten, die durch die Leistungspostulate angesprochen wurden.

Armin Bieri, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zum Geschäft als Ganzes.

Josua Studer, parteilos: Laut Einwohnerratsreglement müssen wir jeweils bis am 15. Juli die Leistungspostulate einreichen. Letztes Jahr und das Jahr davor wurden wir jeweils von den heutigen Gemeinderäten Morat und Paff informiert, was ein Leistungspostulat beinhaltet. Mittlerweile sollten wir alle wissen, was ein Leistungspostulat ist. Der Gemeindepräsident hat es bereits angetönt: Manche tun sich schwer mit solchen Leistungspostulaten. Ich habe mich ein wenig schwer getan mit einer Antwort des Gemeinderates auf eines meiner Leistungspostulate, das wirklich eines ist. Bilateral hat sich dann allerdings ergeben, dass der Gemeindepräsident jetzt auch weiss, was genau gemeint ist. Es hat mich nur erstaunt, dass das eine bejaht und das andere abgelehnt wird, obwohl beide eigentlich in die genau gleiche Richtung gehen. Ich bin gespannt auf die einzelnen Wortmeldungen von Euch. Etwa sieht man: Das Leistungspostulat hat bereits Früchte getragen. Es ist eine Interpellation eingegangen. Es geht um das Kabelnetz, das ich da wünsche. Ich habe nicht ein Kabelnetz als solches gewünscht, sondern ich wollte, dass festgeschrieben wird, dass es das gibt in Allschwil. Wie beim Allschwiler Wochenblatt: dass wir eine Papierform haben von einer Gemeindeausgabe, das wird bejaht. Aber dass wir ein Kabelanbieter haben in Allschwil, das wird nicht gutgeheissen vom Gemeinderat. Er schreibt dann, ich würde ein eigenes Netz fordern. Das ist nicht ganz richtig, aber er hat mich schon verstanden. Das ist vielleicht der nächste Schritt. Und die Interpellation sitzt jetzt eigentlich schon auf dem Pferd, das am Galoppieren ist. Wir hatten auch Gespräche mit dem Gemeindepräsidenten Anton Lauber in dieser Richtung. Es laufen im Moment Abklärungen, und nach diesen Abklärungen wird er diese Interpellation auch sehr gut beantworten können. Ich bin gespannt darauf, das dann miteinander anzuschauen; ich kann dann noch ein paar Informationen geben. Gesamthaft gesehen möchte ich sagen: Allen Anträgen des Gemeinderates kann man nicht folgen, aber darauf kommen wir ja noch einzeln zu sprechen.

Armin Bieri, Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionssprecher. Damit kommen wir direkt zu den einzelnen Postulaten. Wir gehen sie einzeln durch. Das Vorgehen ist folgendermassen: Zuerst kommt der Postulant, dann der Gemeinderat, dann die Fraktionssprecher und nachher die Rednerliste.

Wir kommen zum Postulat 3867.1, betreffend fehlende Spielmöglichkeiten beim Breite-Schulhaus. Postulant ist Christoph Benz.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Mich überrascht nicht, dass es vom Gemeinderat bis jetzt abgelehnt wurde. Vom Standort her ist es schlüssig. Auch dass man jetzt nicht in Schulhäuser investieren möchte, die man nächstes Jahr an den Kanton abgibt, kann ich verstehen. Was ich weniger verstehe, und das habe ich aufgeschrieben: Es geht um unsere Kinder, die dort zur Schule gehen. Und mich nimmt wunder, wie wir denn unter Führung des Kantons – also wenn der dann die Schulhäuser unter sich hat – noch Einfluss nehmen können auf die Pausenplatzgestaltung. Das bleibt sicher erhalten. Und da werde ich versuchen, dass sich trotzdem irgendetwas ändert. Wer mir Tipps hat, wie ich das anstellen muss, darf gerne zu mir kommen.

Armin Bieri, Präsident: Ist das Wort seitens des Gemeinderats gewünscht?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich kann nicht viel dazu sagen. Ausser: Wenn der Kanton am 1. August 2010 diese Schulhäuser übernommen hat, dann gehören diese Schulhäuser ihm, und dann bestimmt er, was da drauf geht, und was nicht mehr darauf geht. Es ist also nicht richtig, dass die Gemeinde Allschwil dann noch Einfluss hätte auf die Pausenplatzgestaltung. Wir haben auch keinen Einfluss mehr auf Instandhaltung oder auf An- oder Umbauten oder Renovationen, sondern diese Häuser gehen voll umfänglich in den Besitz des Kantons über und werden von ihm auch entsprechend gewartet.

Armin Bieri, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortbegehren. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Leistungspostulat von Christoph Benz betreffend fehlende Spielmöglichkeiten beim Breite-Schulhaus: Pingpongisch zustimmen möchte, soll jetzt die Karte erheben.

://:

Das Leistungspostulat wird mit 26 Nein, bei 7 Ja und 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zum Leistungspostulat 3867.2, betreffend Instandstellung entfernter und defekter Brunnen, ebenfalls von Christoph Benz. Das Wort hat der Postulant.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich mache es nicht lang. Ich freue mich, dass zwei der drei Punkte gutgeheissen wurden oder mindestens vom Gemeinderat zur Annahme empfohlen werden. Bezüglich des dritten Punktes habe ich noch nicht aufgegeben, finde es aber trotzdem *gäng sövu*, auf Berndeutsch.

Josua Studer, parteilos: Ich verstehe die Idee dieses Postulats. Ihr wisst ja alle, wieso früher Brunnen installiert wurden. Da gingen die Frauen ihre Wäsche waschen, wenn sie keine Bäche und Flüsse hatten, oder die Kühe wurden dort getränkt. Wir sind heute Gott sei Dank immer noch ein Dorf, auch wenn wir mehr Einwohner haben, als man eigentlich für eine Stadt bräuchte. Aber ich bin froh drum, dass wir noch als Dorf zählen und auch so genannt werden. Brunnen tragen zum Dorfbild bei. Sicher. Alles top. Grundsätzlich ja. Alle Einwohnerräte haben mittlerweile Unterlagen von der Gemeindeverwaltung bekommen „GEP“ – Genereller Entwässerungsplan. Die VPK hat bereits angefangen, diesen GEP zu behandeln, und dabei haben wir etwas sehr Interessantes festgestellt: Von den meisten Brunnen fliesst das Wasser in die Kanalisation, und durch die Kanalisation wird es nach Basel in die ARA geführt. Und das ist eine Belastung der Kläranlage. Es muss also mehr Wasser gereinigt werden. Und es ist so, wie man in dieser Vorlage lesen kann, dass wir nur eine bestimmte Menge Wasser nach Basel führen dürfen. Diese Menge überschreiten wir heute bereits. Nun gäbe es natürlich die Lösung, dass man diese Brunnen in einen Bach abfliessen lässt. Alles top. Super Idee. Nur kommt das Problem des Unterhalts dieser Brunnen. Sobald diese Brunnen gereinigt werden, braucht es Reinigungsmittel, und die dürfen natürlich nicht in den Bach abgeführt werden, oder auch auf eine Matte hinaus, wo es versickert, sondern dann muss es in die Kanalisation, sprich in die Kläranlage. Das heisst, man müsste bei diesen Brunnen eine Spezialeinrichtung einbauen, dass es für den Fall der Reinigung eine Umleitung in die Kanalisation gibt. Und das kostet doch ziemlich viel Geld. Und da muss man sich dann schon fragen, ob es das wert ist, so eine Megainvestition zu machen, nur damit es ein bisschen plätschert in Allschwil. Ich bitte euch, diesem Leistungspostulat nicht Folge zu leisten.

Susanne Studer, parteilos: Mit dem heutigen Wissen vom GEP werde ich dem Leistungspostulat – Antrag 1 und 3 – entgegen meiner damaligen Meinung in der GPK nicht zustimmen.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte an Herrn Studer anschliessen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass wir das Wasser von den Brunnen vertragen, und dass wir an anderen Orten Wasser einsparen können, damit die Kanalisation nicht zusätzlich belastet wird. Also diese Brunnen sollen weiterplätschern.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortbegehren. Wir kommen zur Abstimmung über dieses Leistungspostulat. Wir stimmen einzeln über die drei Anträge des Gemeinderats ab.

1. Der Gemeinderat empfiehlt, das Leistungspostulat betreffend den Brunnen im Quartiertreff Dürrenmatten anzunehmen.
--

://:

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich angenommen

2. Der Gemeinderat empfiehlt die Ablehnung des Leistungspostulates betreffend die Rückgabe und Instandstellung des entfernten Brunnens beim Alterszentrum.

://:

Der Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Leistungspostulates wird mit 20 Ja, bei 6 Nein und 2 Enthaltungen, angenommen.

3. Der Gemeinderat empfiehlt, das Leistungspostulat betreffend den Brunnen an der Baslerstrasse (in der Stützmauer) anzunehmen.

://:

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich angenommen.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zum nächsten Leistungspostulat 3867.3, betreffend Allschwil – eigenständige Stadt oder Vorort von Basel? Das Wort hat der Postulant Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das vorliegende Leistungspostulat – oder Postulat – zielt auf eine wichtige Frage hin, die wir aus meiner Sicht – und da bin ich nicht alleine – in Allschwil noch gar nie gestellt haben, bzw. auf die wir die Antwort nicht festgehalten haben: Sind wir eine Vorortgemeinde von Basel oder eine eigenständige Stadt? Das heisst, welche Identität geben wir uns grundsätzlich? Aufgrund der Rückmeldungen des Gemeinderates und der GPK bei diesem Traktandum bin ich in den Ausstand getreten. Ich muss feststellen, dass das Leistungspostulat aus formalen Gründen so nicht angenommen werden kann. Damit kann ich gut leben. Wichtig ist mir jedoch zu betonen, dass damit ein Anliegen von vielen Allschwilern und Allschwilerinnen noch nicht erledigt ist. Und beispielsweise hätte der Gemeinderat – wenn er ein bisschen Phantasie gehabt und das Anliegen grundsätzlich positiv entgegengenommen hätte – auf die Idee kommen können, ein Wirkungsziel analog dem Leistungsauftrag 192, Informations- und Kommunikationsdienst, in den Leistungsbericht einzubauen. Das hätte dann eine jährlich wiederkehrende Messung von Projekten gegeben und klare Tendenzen bezüglich dieser Identitätsfrage dokumentiert. Ein wenig schade für mich ist zudem noch die Tatsache, dass der Gemeinderat jeweils nur seine Sicht, und auch die, die wir im Einwohnerrat zur Kenntnis genommen haben, als allgemein gültig ansieht, ohne jemals Grundsatzfragen, zum Beispiel mittels der von mir vorgeschlagenen Marktstudie, vom Volk klären zu lassen. Ich bin jedoch überzeugt, dass jetzt der Stein ins Rollen gekommen ist. Auch am Wirtschaftspodium der SP im Mai wurde von den Podiumsrednern immer wieder klar gefordert: Allschwil muss sich entscheiden – Vorort oder eigenständige Stadt? Da sich das Postulat aber, wie ich eingangs erwähnte, formal nur auf die Marktstudie bezieht, ziehe ich das Postulat jetzt offiziell zurück. Der Gemeinderat kann ja dann aus eigenem Antrieb zu gegebener Zeit – und die ist meiner Meinung nach jetzt da – sich dem Volk stellen und somit einen Beitrag zur Klärung dieser für die nahe Zukunft wichtigen Frage leisten

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ist Allschwil eine eigenständige Stadt, oder sind wir ein Vorort von Basel? Meine Güte, diese Frage! Und geschweige denn, wenn wir sie beantwortet haben: Was für Resultate leiten wir daraus ab? Es ist selbstverständlich, dass der Gemeinderat immer der Meinung war, ist, und bleiben wird, dass Allschwil einen selbständigen, dörflichen und städtischen Charakter behalten soll, darf und muss. Dazu brauchen wir keine Studien, sondern einen gesunden Menschenverstand. Ein Vorort von Basel? Ich glaube ja nicht, dass Sie das Gefühl haben, der Gemeinderat könnte je an Sie herantreten mit dem Antrag, die Gemeinde Allschwil zum Vorort von Basel-Stadt herunterzudegradieren. Also mal Hand aufs Herz: Ich denke, das glauben Sie nicht im Ernst. Aber ich sage Ihnen auch: Wir nehmen die Thematik selbstverständlich auf. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir das schon ein paarmal getan haben. Schauen Sie einmal im Internet nach, diese Marktstudien, die Allschwil schon gemacht hat. Sie sind abrufbar auf dem Internet, bitte schauen Sie dort einmal nach. Ich sage Ihnen aber auch: Solche Marktstudien sind relativ schwierig, auch bei den Bevölkerungsumfragen. „Wollen Sie einen zweiten Sportplatz?“ – da sagen alle ja. Also was ist daraus am Ende konkret abzuleiten? Es wird dann ja auch nicht tel quel so schnell umgesetzt. „Wollen Sie ein Kino oder ein Theater?“ – wieso sollte ich da nein sagen? Also mit diesen Umfragen konnten wir bis jetzt immer nur sehr schwierige Inputs bekommen zu der Frage: Was kann man denn am Schluss wirklich umsetzen? Das ist enorm schwierig. Zum anderen ist es auch schwierig, wenn Externe uns Allschwilern sagen wollen, wie wir uns zu entwickeln

haben. Ich übertreibe gerne: Soll eine Zürcher Institution in Allschwil ein Gutachten schreiben und sagen, was für uns gut ist? Das ist mir nicht so sympathisch. Dafür haben wir einen Einwohnerrat.

Also wie gesagt: So einfach, wie man sich das vielleicht vorstellt, ist das nicht. Zum anderen reden wir über sehr viele ganzheitlich-politische Themen, und die sind ja auch aufgelistet worden. Zum Beispiel wird angesprochen der Gemeindesaal. Der Gemeinderat hat sich immer für einen Gemeindesaal eingesetzt und wird dies immer tun. Es gab zwar bis jetzt immer ein Volks-Nein zu diesem Thema. Aber es ist ganz klar, der Gemeinde Allschwil fehlt der Saal. Und wenn die Raiffeisen-Bank jetzt ihre GV in Basel hat – das war nie das Ziel der Gemeinde Allschwil. Aber ich möchte Ihnen auch sagen, das hat nichts mit Vorortsfunktion zu tun, sondern für tausend Personen hätten wir nie Platz gehabt in Allschwil, auch in einem neuen Veranstaltungssaal nicht. Das wäre bei Konzertbestuhlung bis maximal 600 Personen gegangen, niemals 1000 oder 1100 und mehr, wie sie an einer GV der Raiffeisen anwesend sind. Also auch da, denke ich, müssen wir vorsichtig sein.

Einkaufsmöglichkeiten: Da hat sich einiges getan, das darf ich sagen. Da gibt es ja eher Stimmen, die sagen, wir hätten allmählich zu viele Einkaufsmöglichkeiten. Die Feuerwehr haben wir auch schon intensiv hier drin diskutiert. Brauchen wir das eigene neue Feuerwehrmagazin, brauchen wir's nicht? Das wurde heiss diskutiert. Die Frage, gehen wir zu Basel-Stadt oder gehen wir nicht, wurde diskutiert. Es gibt eine seitenlange Begutachtung, die man auch im Internet anschauen kann, zur Frage: Sollen wir noch eine eigene Feuerwehr haben, ja oder nein? Sollen wir uns der Stadt anschliessen? Das ist alles beantwortet. Also ich denke, wir machen da in der Tat sehr viel.

Ich denke, die Fragestellung wie man sie aufnehmen kann und immer wieder diskutieren kann und muss, lautet: Wie behauptet sich Allschwil auch für die Zukunft als eigenständiges Dorf mit eigenständigem Charakter und eigenständigem Leben? Das ist die zentrale Frage, die sich stellt. Und daran arbeiten wir, und darauf zielt auch das Strategiepapier hin. Das, denke ich, sind einmal die ersten Stellungnahmen. Aber wie gesagt: Der Gedankenanstoss als solcher geht, denke ich, in die richtige Richtung. Aber ich werde Ihnen wahrscheinlich nie den Antrag stellen, dass wir ein Vorort von Basel werden sollen.

Armin Bieri, Präsident: Dankeschön. Da der Postulant das Postulat zurückgezogen hat, müssen wir nicht über den Antrag abstimmen.

Wir kommen zum nächsten Leistungspostulat 3867.4, betreffend Erstellung eines zweiten Beachvolleyballfeldes beim Schulzentrum. Das Wort hat die Postulantin Julia Gosteli.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Es tut mir ein bisschen weh, dass das Postulat als Ganzes abgelehnt wird. Ich habe das Postulat auch geschrieben in Bezug auf Prävention. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Jugend viele Möglichkeiten zum Sport treiben hat. Prävention kostet eben auch etwas. Über die 100'000 Franken möchte ich eigentlich nicht streiten, aber ich denke, das ist recht hoch gegriffen. Ich kann das also soweit einmal verstehen. In Münchenstein hat es auch Beachvolleyballfelder, im „Joggeli“ hat es Beachvolleyballfelder. Von Münchenstein weiss ich – aber nicht vom Werkhof, sondern von Volleyball spielenden Personen selber – dass dort der Sand jedes Jahr ausgewechselt wird. Nun ist es so: Ich habe gebeten, man solle ihn alle zwei Jahre auswechseln. Vielleicht habe ich das auch ein bisschen ungenau formuliert. Meiner Meinung nach ist der Sand viel zu grob. Also wenn man da spielt, dann hat man hinterher offene Knie. Und da hätte ich jetzt – ich weiss nicht, ob ich das ad hoc tun kann – gerne einen Antrag gestellt, dass man wenigstens diesen Sand so macht, dass man wirklich Beachvolleyball spielen kann.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Wir gehen eigentlich davon aus, dass wir ja ein gutes Beachvolleyballfeld haben. Und wenn das jetzt wirklich im Detail angepasst werden muss, dann können wir das ganz bestimmt bilateral regeln. Ich würde allerdings empfehlen, heute daran festzuhalten und bitte Sie darum, dass Leistungspostulat abzulehnen.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Auch wir würden das Leistungspostulat ablehnen, dies aus zwei Gründen. Das eine ist ganz einfach die Geometrie. Sie bekommen nicht zwei Liter Wasser in einen Ein-Liter-Krug hinein. Wenn Sie sich das anschauen: Wenn man ein Feld anhängen würde, müsste man den Zaun bis zum Muessmattweg hinüber versetzen, und man hätte zwischen den beiden Plätzen vielleicht noch 50 Zentimeter – ein wunderbarer Abfallstauraum. Man könnte natürlich diese Volleyballfelder drehen, wie sie

da schreibt, das wäre auch super: Dann hätten wir sie gerade an der Baslerstrasse, und es sähe wieder etwa gleich aus. Also der Platz reicht effektiv nicht aus.

Dann geht es noch um Reservation: Also etwas, das nichts kostet und den Tag hindurch sowieso fast leer steht, wie will man das reservieren? Stellen Sie sich vor, ich mache jetzt einen Antrag, ich möchte gern nächsten Samstag, falls es schönes Wetter ist, auf dem „Plumpi“ draussen zwischen 6 und 8 Uhr den Grillplatz reservieren. – Wer geht dorthin und stoppt mir den? Dann möchte ich noch gern die Seilrutsche reservieren zwischen 7 Uhr und Viertel ab, weil meine Kinder spielen wollen – wer kontrolliert das? Da müsste man den Platz den ganzen Tag schliessen, und man müsste den Schlüssel entweder bei der Gemeinde holen oder bei den Abwarten, die zwischen 6 und 7 Uhr dort sind... Nur, das funktioniert leider nicht. Ich würde Julia Gosteli beliebt machen, das Postulat zurückzuziehen und es sinnvoller zu machen. Ich unterstütze das Anliegen Volleyballfelder gerne. Warum nicht zum Beispiel auf der „Allschwiler Tundra“, sprich Wegmatten. Dort hätten wir nämlich sehr viel Platz. Dort könnten wir noch eine Menge draufstellen. Man redet nämlich auch schon von Badminton, oder Federball im Volksmund. Dort hätte es sehr viel Platz. Es soll mir jetzt keiner kommen und sagen, wir müssen diesen Platz freihalten für eventuelle Bauprojekte – die sind alle niedergeschmettert worden. In den nächsten 20 Jahren wird garantiert nichts mehr gebaut. Ausser vielleicht so ein – ich sage jetzt mal Fun-Sport-Pärkli. Das wäre vielleicht noch etwas Gutes dort. Wir haben ja schon einen Fussballplatz und genug Platz für anderes. Also lieber so etwas machen – aber dort beim Schulhaus... Man hat es ja schon gelesen, vielleicht wird ja innerhalb der nächsten 20 Jahre das alte Schulhaus erweitert für die Musikschule. Also, ich würde an dem Postulat nicht festhalten, denn es ist einfach unmöglich.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich möchte Herrn Vogt gerne fragen: Eine „bilaterale Regelung“ – wie kann ich das verstehen? Also kann ich da auf den Werkhof gehen und sagen, ist es bitte möglich...?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es ist ganz einfach. Du kommst zu mir uns besprichst das mit mir, und ich versuche das dann umzusetzen im Departement.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: In dem Fall ziehe ich mein Postulat zurück und komme dann sehr gern zu dir, Robert Vogt.

Armin Bieri, Präsident: Damit müssen wir über diesen Antrag auch nicht abstimmen.

Wir kommen zum Leistungspostulat 3867.5, betreffend Kabelnetzangebot für TV, Radio, Internet und Telefonie. Das Wort hat der Postulant Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Wie eingangs schon erwähnt, möchte der Gemeinderat nicht auf dieses Leistungspostulat eingehen, was mich erstaunt hat. Vor allem hat mich, wie schon erwähnt, erstaunt, dass der Gemeinderat Dinge in seine Begründung hineinschreibt, die mir im Kopf oben waren, aber noch nicht auf dem Papier. Aber der Gemeinderat hat es anscheinend wirklich gerochen. Es ist nicht so, dass ich wünsche, dass die Gemeinde auf das Jahr 2028, wenn der Vertrag mit dieser Stiftung ausläuft, ein eigenes Netz betreibt. Das wäre eigentlich, wenn schon, sogar schon früher wünschenswert; vor allem wäre es wünschenswert, weil es der Gemeinde Geld einbringen würde, und nicht wenig. Man redet von einer Million und aufwärts, von der die Gemeinde profitieren könnte. Ich bin grundsätzlich sehr dankbar, dass Simon Maurer diese Interpellation eingereicht hat. Denn sie zielt in diese Richtung. Das ist ein brauchbares Papier, und ich bin schlussendlich gespannt auf die Antworten. Eigentlich hätte ich das Leistungspostulat zurückgezogen, weil ich noch weitere Gedanken habe, wie ich das voranbringen möchte. Aber weil jetzt Simon Maurer diese Interpellation eingereicht hat, möchte ich das Leistungspostulat gerne stehen lassen. Und ich möchte einfach in Erinnerung rufen, der Antrag lautet, dass wir festschreiben, dass ein solches Kabelnetz in Allschwil angeboten wird, egal wie. Es muss nicht die Gemeinde sein, die es anbietet; es geht einfach darum, dass es angeboten wird. Um das Gleiche geht es ja dann beim Folgepostulat. Dort fordere ich etwas Ähnliches, und dort ist der Gemeinderat dafür. Ich hatte eigentlich umgekehrt gedacht: dass er dem Kabelnetz zustimmt und das nächste Postulat ablehnt. Aber jetzt ist es umgekehrt gekommen. Es ist halt öfter so im Leben. Deshalb bitte ich euch, dem Leistungspostulat zuzustimmen. Es kostet die Gemeinde nichts, wenn das festgeschrieben wird. Es sind schlussendlich nur Vorteile für die Bevölkerung.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Geschätzter Josua Studer, es ist nicht immer ganz einfach. Deinen wörtlichen Ausführungen kann man manchmal besser folgen als deinen schriftlichen. Wenn es um das Leistungspostulat geht, dann muss ich sagen, es ist relativ schwierig, so ein kompliziertes Thema wie ein Kabelnetz, Glasfasernetz für die nächsten 30 Jahre über so ein Leistungspostulat abzuwickeln. Das ist ähnlich wie ein Budgetpostulat. Also ich denke, da müsste eine Motion oder ein Postulat her; dann kann man dem Thema sicher nachgehen. Aber wir haben ja jetzt Möglichkeiten, über die Interpellation zu kommunizieren. Dankeschön, das ist wirklich gut. – Das Thema ist wirklich das: Es herrscht freier Markt. Die Kabelnetzanbieter und die anderen Anbieter stehen in harter Konkurrenz. Sie wissen alle, wir haben einen Anschluss bei der Balcab, sprich CABLECOM. Am Vorstossen ist zurzeit ganz massiv, das ist auch bekannt, die Swisscom, die Glasfaserkabelnetze verteilt. Und es hat selbstverständlich auch andere Anbieter, die sich aber bis jetzt bei der Gemeinde Allschwil noch nicht gemeldet haben. Die Idee, das kann ich grosso modo sagen, dass Allschwil selber ein Glasfasernetz betreiben könnte, haben wir bis jetzt nicht. Ich weiss auch nicht, ob uns die je kommen wird, respektive ob sie sich auch wirklich rechnen würde. Aber es ist klar, dass der Markt irgendwann einmal in dieser Sache auf uns zukommen wird. Die Frage ist nämlich die: Haben die Kabel, die heute eingeführt werden, noch Platz, oder, mit anderen Worten, wie kann die Gemeinde mitverdienen? Und das ist ja ein Stückweit der Tenor von Josua Studer. Denn es stehen natürlich grosse Verdienstmöglichkeiten hinter diesen Kabelnetzen. Und da kann man eine Parallele ziehen zum Wasser. Die Gemeinde vergibt da so genannte Durchleitungsrechte, für die dann bezahlt werden muss. Und diese Frage kann man sich allenfalls auch stellen bei den Glasfasernetzen: Gibt es Möglichkeiten für Durchleitungsrechte, resp. wie partizipiert die Gemeinde an Leitungen, die in der Gemeinde verlegt werden. Wenn also zum Beispiel die Baslerstrasse aufgemacht wird und gleichzeitig Glasfasernetze verlegt werden: Wer profitiert dann am meisten? Nur der, der das Glasfasernetz anbietet, oder auch wir, die wir die entsprechenden Installationen, also sprich Leitungen usw. auf dem Gemeindebann zur Verfügung stellen? Das ist ein Thema, dem ich sicher gerne einmal nachgehe, in der Interpellation dann vielleicht noch einen Schritt weiter. Das Thema ist auch: Der Markt soll grundsätzlich das ganze Thema regulieren. Dafür haben wir die freie Marktwirtschaft in dem Bereich. Und dann darf ich auch sagen: Es geht noch lang, der Vertrag mit CABLECOM läuft, wie schon gesagt wurde, bis ins Jahr 2028. Das ist doch noch relativ lang. Zumal Glasfaserkabel heute in bestehenden Leitungen relativ leicht verlegt werden können. Das sind ganz kleine Kabel. Platz ist also grundsätzlich genug vorhanden, ohne dass es weitere grosse bauliche Massnahmen braucht.

Vielleicht noch das andere – Josua Studer staunt; vielleicht haben wir das auch falsch verstanden – zur „Gemeindepapierinformationspublikation“: Wir haben das Leistungspostulat so interpretiert, dass Josua Studer – der zwar ein absoluter Internet-Fan ist, das haben wir auch schon festgestellt – festhalten möchte, dass wir in der Gemeinde Allschwil weiterhin ein Printmedium zur Verfügung stellen. Da denkt man natürlich vorab ans Allschwiler Wochenblatt. Dazu kann ich ganz einfach sagen: Es ist so, der Gemeinderat wird sicherstellen, dass wir in Allschwil den Leserinnen und Lesern ein Printmedium zur Verfügung stellen können als amtliches Publikationsorgan der Gemeinde Allschwil. Wie das in Zukunft passieren soll, darüber kann ich noch nicht viel sagen. Da sind wir ganz aktuell in den Diskussionen, insbesondere auch im Rahmen des Allschwiler Wochenblatts. Und darum gab es von uns aus gesehen klar eine Gutheissung dieses Leistungspostulats. Denn wie gesagt, es ist noch lange nicht so, dass alle einen Internetzugang haben und den Kaffee neben dem Computer trinken, sondern meistens tut man das doch noch neben der Zeitung.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates:

Aus den erwähnten Gründen empfiehlt der Gemeinderat die Ablehnung des Leistungspostulates.

://:

Das Leistungspostulat wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum letzten Leistungspostulat 3867.6, betreffend Gemeindepapierinformationspublikation. Das Wort hat der Postulant Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Ganz kurz. Herzlichen Dank, Anton Lauber, für die Bereitschaft, das entgegenzunehmen. Ihr habt ja das Votum gehört. Da muss ich nicht mehr viel sagen, und wir können gleich in die Pause.

Armin Bieri, Präsident: Ich gehe davon aus, dass der Gemeindepräsident nicht noch einmal das Wort möchte. Er hat das ja vorhin schon abgehakt. Also kommen wir sofort zum Antrag des Gemeinderates.

Der Gemeinderat empfiehlt die Gutheissung des Leistungspostulates.

://:

Das Leistungspostulat wird grossmehrheitlich angenommen.

PAUSE

Armin Bieri, Präsident: Wir machen weiter. Wir hätten jetzt das Infofenster des Gemeinderates. Da gibt es nichts, wie ich gerade erfahren habe. Als nächstes kommt die Fragestunde, danach die dringliche Motion. Dann geht es weiter in der Traktandenliste.

FRAGESTUNDE

Frage 1, Siro Imber, FDP-Fraktion:

In Binningen wird derzeit über das Schicksal des Trainingslokals des Schwingklubs Binningen entschieden. Das bisherige Lokal soll für den Mittagstisch genutzt werden, ohne dass der Schwingklub bisher eine neue Lokalität hat. – Würde in Allschwil die Möglichkeit bestehen, um dem Schwingklub einen neuen Trainingsort zur Verfügung zu stellen?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Hochbau - Raumplanung: Siro Imber hat gefragt, ob wir einspringen könnten für den Schwingklub Binningen und ihm hier in Allschwil eine Lokalität zur Verfügung stellen. Wir haben das abgeklärt bei uns in der Gemeinde Allschwil, und wir haben auch einmal Michael Henzer gefragt, technischer Leiter Jungschwinger und sehr gut bekannt in Allschwil, da Einwohner und schon mehrere Male als Sportler geehrt. Wir fragten ihn, was das alles beinhalten würde. Er gab uns zur Antwort: Es braucht drei Duschen, Garderobenplätze für etwa 15 Leute, also Aufhängemöglichkeiten für Kleider und Kästchen, WC, einen Fitnessraum mit etwa 20 qm und einen Schwingbereich mit 12 x 4 m mit einem Wasseranschluss. Das ist eine Sägemehlgrube mit Matten an den Wänden. Und das ist das Killer-Kriterium. Das können wir in Allschwil leider nicht bieten. Wir haben das in allen Liegenschaften, also nicht nur in den Sportanlagen und in den Schulhäusern, geprüft, sondern wir haben es auch ausgeweitet auf Quartiertreff und Familienzentrums/Freizeithaus. Es geht einfach nicht wegen der Masse dieser Grube. Was noch dazukommt, ist, dass da ungefähr 100'000 Franken investiert werden müssten. Also man kann diesen Raum wirklich nur als Schwinglokal oder als Sportplatz für andere Vereine brauchen. Wir haben also schlicht nicht die Möglichkeiten und Räumlichkeiten, um dem Schwingklub Binningen eine Lokalität anzubieten. Das tut dem Gemeinderat Allschwil leid, zumal wir doch auch ein Stückweit mit Michael Henzer verbunden sind. Dazu kommt auch noch, dass sich in einem bz-Artikel vom 4. September 09 die Obfrau des Schwingklubs geäussert hat, dass sie zum Beispiel nicht nach Oberwil zum Trainieren gehen würden Sie seien ein Binninger Schwingklub, ein Binninger Verein, und möchten das wenn möglich in Binningen aussitzen. Also kann man nur hoffen, dass man sich da irgendwie in Binningen einigt und das dort abhandeln kann.

Frage 2, Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion:

In letzter Zeit konnte man aus den Medien erfahren, dass die Migros zusammen mit der Nationalversicherung von ihrem Ausbauprojekt im Migrosparadies zurückgetreten ist. Ebenso verzichtet

Coop auf den Bau des Prontosshops an der Baslerstrasse. Beide Firmen erklären ihren Verzicht mit allzu grossen Hürden und Vorschriften der Gemeinde.

1. Kann es sein, dass in jüngster Zeit die Hürden für Bauvorhaben dieser Art grösser geworden sind?
2. Muss Coop im Gewerbezentrum „Letten“ mit ähnlichen Komplikationen rechnen?
3. Wäre der Gemeinderat bereit, ein solches Projekt zu unterstützen, um ein nochmaliges Scheitern eines solchen Bauvorhabens zu verhindern?
4. Wann können die AllschwilerInnen ihre Einkäufe im „Coop Letten“ tätigen?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Hochbau - Raumplanung: Frage 1 kann man klar mit Nein beantworten. Es gibt keine erhöhten Hürden für solche Bauvorhaben. Die beiden erwähnten Bauprojekte muss man aus verschiedenen Blickwinkeln anschauen. Bei der Migros sind es ganz klar die Umweltverträglichkeitsprüfung und das entsprechende Verfahren, die die Migros so nicht mitmachen wollte. Das ist eidgenössisches Recht – die Umweltverträglichkeitsprüfung – und kommt dann zur Anwendung, wenn die Ladenverkaufsfläche grösser als 5'000 qm ist. Das wäre hier der Fall gewesen bei der Aufstockung für einen Do it yourself-Bereich, oder was auch immer. Aus dem Grund haben sie das Projekt momentan fallen gelassen. Beim Coop-Prontosshop ist es etwas ganz anderes. Da ist Gemeindefintern eine Hürde entstanden oder sichtbar geworden. Und zwar hat man bei der Revision des Reglements Zonenplan Siedlung bestimmt, dass die Verdichtung ein wesentlicher Bestandteil der Revision ist. Und im Zuge dieser Verdichtung war es schlicht nicht mehr möglich, Quadratmeter in die Breite zu machen, wenn man weniger hoch baut. Verdichtung heisst, man kann weniger gross bauen in den Quadratmetern, also in den Ausmassen, dafür aber etwas höher. Und das umzukehren war nicht mehr möglich. Das ist etwas, das der Gemeinderat bedauert. Coop Mineralöl hat aus diesem Grund das Baugesuch zurückgezogen, wobei mir allerdings nicht bekannt ist, dass dieses Schreiben schon in Allschwil ist. Wir haben es auch aus der Presse erfahren und dank der guten Kontakte zur Geschäftsleitung.

Zu Frage 2: Hier haben wir eine bessere Nachricht. Der Regierungsrat hat am 1. September 09 den Quartierplan Gewerbezentrum Letten genehmigt. Aldi hat bereits ein Baugesuch eingereicht. Coop wird das vermutlich in den nächsten Monaten ebenfalls tun. Sie waren zumindest schon bei uns auf der Bauverwaltung. Und gemäss dem Quartierplanvertrag können die Baubewilligungen aber erst erteilt werden, wenn die notwendigen Strassenkorrekturen an der Brennerstrasse und am Kreisel mit dem Kanton vorgenommen worden sind. Beide Verfahren laufen momentan parallel, und es wird voraussichtlich zu keinen Verzögerungen im Baubewilligungsverfahren kommen.

Frage 3: Das habe ich, glaube ich, zum Teil schon beantwortet. Der Gemeinderat setzt sich grundsätzlich für die Entwicklung der Gemeinde Allschwil ein. Aber wir müssen alle Gesetze einhalten und respektieren, die auf Bundes-, Kantons- und kommunaler Ebene vorhanden sind.

Frage 4: Ich hoffe für Coop, dass es nicht nur Allschwilerinnen und Allschwiler, sondern auch Einwohnerinnen und Einwohner sein werden. Vorausgesetzt, dass Coop das Baugesuch in den nächsten Monaten einreicht, kann das Bauinspektorat Baselland, wenn keine privaten Einsprachen kommen, die Baubewilligung ungefähr im nächsten Frühjahr erteilen, so dass dann auch schnell mit dem Bau begonnen werden kann.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich danke Christoph Morat herzlich für seine Auskünfte, und ich bin zufriedengestellt.

Frage 3, Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion:

Stimmt es, dass Bohrungen für die Nutzung von Erdwärme zu Heizzwecken in Neuallschwil nicht erlaubt sind (mit der Begründung Gefährdung des Grundwassers)? Ausnahme: das Elco-Areal? So geht das Gerücht.

Falls das stimmt, sind weitere Fragen offen:

Weshalb darf auf dem Elco-Areal gebohrt werden? Weshalb daneben nicht?

Daher: Könnten Sie bitte anlässlich dieser Fragen umfassend darüber Auskunft geben, wo und unter welchen Voraussetzungen in Allschwil mehr oder weniger tiefe Erdsondenbohrungen gemacht werden dürfen?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Hochbau - Raumplanung: Auf dieser Folie sehen Sie Neuallschwil leicht rot eingefärbt. Das ist der obere Teil dort. [Gelächter] Ich hätte es auch blau einfärben können. Das ist der Gewässerschutzbereich Au. Und in diesem Gewässerschutzbereich Au ist es grundsätzlich nur möglich, mit einem hydrogeologischen Gutachten Bohrungen vorzunehmen, weil der Grundwasserschutz über dem Begehren steht, Erdwärme für Heizzwecke zu nutzen. Grundsätzlich: Wenn so eine Bohrung bewilligt wird, muss die nächste Bohrung in einem gewissen Abstand stehen, weil sich sonst die beiden Bohrungen beeinflussen würden. So ein Bohrer ist kein wahnsinnig dickes Teil, und er geht auch nicht kerzengerade in die Erde hinunter, sondern das kann unter Umständen auch ein bisschen verlaufen. Nun hat man auf dem Elco-Areal eine Probebohrung gemacht. Die wurde im Jahr 2008 bewilligt. Das Probeloch konnte man anschliessend benutzen, weil man daraus Erkenntnisse ziehen konnte, dass das kein Problem darstellt für das Grundwasser. Die Elco hat also die Bewilligung, um dort Wärme aus dem Boden anzuzapfen. Wenn nun jemand kurz nebenan auch so eine Bohrung machen möchte, dann kann es unter Umständen sein, dass er die Bohrung der Elco beeinflusst. Denn da wird ja wieder kaltes Wasser hinuntergepumpt, und dann kann der nebenan sein Wasser unter Umständen nicht mehr so nutzen, wie das jetzt die Elco tun kann. Es muss also immer ein gewisser Abstand zwischen den beiden Bohrungen sein, damit die bewilligt werden können. Zuständig ist im Kanton Baselland das AUE.

Frage 4, Susanne Amrein, CVP-Fraktion:

Es wurde mir zugetragen, dass die Leitungen der Sybillenhofquelle ein Leck aufweisen und die daran angeschlossenen Brunnen an der Hegenheimerstrasse 19 und 21, Ecke Klarastrasse, deshalb nicht mehr in Betrieb sind. – Welche Massnahmen wurden getroffen, um das Leck in den Leitungen zu finden? Ist beabsichtigt, dieses Leck zu beheben und den Brunnen wieder Wasser der Quelle zuzuführen?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es geht um die Sybillenhofquelle, die verbunden ist mit einer sehr alten Leitung, die das Wasser von der Sybillenhofquelle bis zu den Brunnen im Dorf leitet. Bekanntlich sind die Brunnen im Moment leer, d.h. dort wird kein Wasser fließen. Der Grund ist, dass die Leitung kaputt ist und ersetzt werden muss. Jetzt ist es aber so, dass erst kürzlich herausgefunden wurde, wo überhaupt das Leck aufgetreten ist. Wir wissen jetzt also, wo die Leitung kaputt ist. Es ist ein Stück, das sich auf Privatareal befindet. Deshalb muss das neu geregelt werden. Wir wollen also eine Leitung bauen und müssen dazu das Einverständnis der Grundeigentümer einholen. Wir sind jetzt daran. D.h. die Hauptabteilung Tiefbau und Umwelt wird jetzt die Einwilligungen der Grundeigentümer einholen, sucht dann eine neue Strecke, um diese Wasserleitung zu verlegen. Und dann, so hoffen wir, können wir im besten Fall im Oktober/November eine neue Leitung einziehen. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn die Grundeigentümer wirklich mitspielen. Selbstverständlich beabsichtigen wir, diese Brunnen wieder in Betrieb zu nehmen, d.h. sie sollen in Zukunft wieder fließen.

Frage 5, Josua Studer, parteilos:

Am Montag, 10. August 2009, wurde in Allschwil der erste Tageskindergarten vom Baselbiet eröffnet. Im Tele Basel hiess es, dass alles, was in der Politik Rang und Namen hat, daran teilnahm. Wie schon bei der Einweihung des Staudammes, waren die Einwohnerratsmitglieder nicht eingeladen.

Fragen:

1. Haben wir nach dem Absegnen eines Projektes unsere Pflicht getan?
2. Haben Einwohnerräte zu wenig Rang und Namen?
3. Gedenkt der Gemeinderat, uns Einwohnerratsmitglieder künftig auch einzuladen zu Spatenstichen, Eröffnungen, Einweihungen etc.?

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Am 10. August haben wir den ersten Tageskindergarten des Kantons Baselland in Allschwil eingeweiht. Tele Basel war auch dabei, alle Medien waren dabei, und Herr Studer schreibt, Politiker von Rang und Namen seien anwesend gewesen; und er sagt auch, der Einwohnerrat sei nicht eingeladen gewesen. Zu Frage 1: Das ist natürlich für einen Juristen, der auch noch kanonisches Recht studiert hat, ein heikles Problem der Definition. Kirchenrechtler sind sich übrigens einig, dass der Einwohnerrat nicht segnen und auch nicht absegnen darf. Und man ist sich weiter auch einig, dass allenfalls eine Segnung stattfinden könnte, wenn ein Priester hier drinnen wäre. Dann würde sich aber das Problem stellen, für wen er dann gelten würde, der Segen: für die Katholischen? Für die Reformierten? Wie steht es mit den nicht Getauften, wie mit den Atheisten? Da sind also schwerwiegende Probleme bei der Beantwortung der ersten Frage aufgetaucht, und ich möchte es jetzt ein wenig schneller machen und sagen: Der Einwohnerrat hat bewilligt. Das ist seine Aufgabe. Das ist auch eine schöne Aufgabe. Und der

Einwohnerrat, und das ist das Segensreiche daran, hat einen Tageskindergarten bewilligt, und zwar als Pilotprojekt für drei Jahre. Und innerhalb dieser drei Jahre hat der Einwohnerrat selbstverständlich seine Pflicht noch nicht getan. Er sollte und muss darauf schauen, ob die Finanzen eingehalten werden. Er darf also kontrollieren, hineinschauen, immer wieder vorbeikommen. Selbstverständlich geht das alles einher. So viel zur ersten Frage, die ich hoffentlich hinreichend beantworten konnte.

Zur zweiten Frage: Da muss der Gemeinderat passen. Das kann er nicht sagen. Aber er kann sagen, dass der Einwohnerrat ein gewählte Behörde der Stadt Allschwil und somit eine bedeutende Behörde ist. Also Sie alle haben Bedeutung, das ist eines, das sicher ist. Zu dem Anlass Tageskindergarteneröffnung – weil der Einwohnerrat Bedeutung hat und diesen Kredit gesprochen hat – war der Einwohnerratspräsident eingeladen, also der Höchste unter euch. Was auch gebührend ist, denken wir als Gemeinderat, und somit ist hoffentlich auch diese Frage beantwortet.

Zur dritten Frage, ob der Gemeinderat gedenke, zukünftig alle Einwohnerratsmitglieder einzuladen zu Fahnenweihen, nein, Entschuldigung: Spatenstichen, Eröffnungen, Einweihung – da war also doch etwas mit Weihungen, immer wieder kommt das durch, Herr Studer, dass das mit diesen Weihungen wichtig ist – da hat der Gemeinderat eine ganz bewährte Praxis. Er schickt die Einladungen ans Büro des Einwohnerrates. Das ist auch normal, das haben Sie sicher schon erlebt, dass Sie dann delegiert wurden. Und der Gemeinderat findet es auch verhältnismässig, dass man nicht an jeden Anlass, und sei er noch so gross, den gesamten Einwohnerrat einlädt, und dass das Einwohnerratsbüro dafür zuständig bleiben soll, dann jemandem anzuläuten und zu sagen: Könntest du zu diesem Anlass gehen? Es ist eigentlich sehr einfach.

Betreffend den Anlass Tageskindergarteneinweihung bedauere ich, dass der Einwohnerratspräsident nicht kommen konnte. Er war wegen Krankheit verhindert. Aber selbstverständlich war er, dem Anlass gebührend, eingeladen. Ich hoffe, ich konnte auch diese Frage beantworten, Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Ich möchte mich herzlich bedanken für die erheiternden Worte. Es ist alles ein wenig erwähnt worden, vom Segnen, Einläuten und Abläuten, man merkt, ich sitze schon bei der CVP, die ziemlich christlich ist, katholisch ist. Ich gehe aber von einem reformierten Pfarrer aus, und deshalb fühle ich mich wohl mit segnen. Danke für die Antwort.

Frage 6, Julia Gosteli, Nedim Ulusoy, Rita Uscheler, Fraktion Grüne:

1. Uns ist zu Ohren gekommen, dass die Familiengärten im Bachgrabengebiet wegrationalisiert werden sollen. Ist etwas Wahres daran?
2. Unternimmt der Gemeinderat konkret etwas zur Entschärfung der Verkehrssituation an der Ecke Spitzwaldstrasse/Baslerstrasse?
3. Am 15. August 2009 gab es über Allschwil einen Fastzusammenstoss zweier Flugzeuge. Wurde der GR darüber direkt vom Flughafen informiert? Interveniert der GR beim Flughafen?
4. Die Gemeinde subventioniert die ersten 50 Energieanalysen mit Fr. 100 (siehe Flyer vom Info-Abend vom 8. September). Stimmt es, dass diese Subvention nur ausbezahlt wird, wenn die E-Analyse von EBM durchgeführt wird? Wenn ja, wieso werden nicht alle vom Kanton anerkannten Energieberater gemäss Liste des AUE in Liestal subventioniert?

Zu 1

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Das ist schwierig zu sagen. Wenn einem „etwas zu Ohren gekommen“ ist, dann ist es ein Gerücht, und als solches möchte ich es heute auch behandeln. Ich kann darauf hinweisen, dass das ganze Gebiet gemäss Zonenplan Siedlung, der hier im Einwohnerrat verabschiedet wurde, der Gewerbezone G 20 b zugewiesen wurde und dort grundsätzlich für Arbeitsplätze vorgesehen ist – Industrie- und Gewerbebetriebe, Produktion, Forschung, Handel, Dienstleistungen etc. Das einfach einmal zur Zonenplanung der Gemeinde Allschwil. Als Ganzes liegen diese Parzellen aber im Eigentum des Bürgerspitals Basel, und das Bürgerspital Basel wäre eigentlich die richtige Auskunftsstelle für eine solche Frage, denn die entscheiden, was sie mit ihren Grundstücken machen wollen. Ich kann insofern aber sagen: Es besteht ein Pachtvertrag – das ist ein offenes Geheimnis – und zwar mit den heutigen Nutzern, der eine Laufzeit noch bis zum 31.12.2013 hat. Wie aber die nähere Zukunft dieser Familiengärten aussehen soll, das muss man beim Bürgerspital Basel erfragen.

Zu 2

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Um etwas entschärfen zu können, braucht es auch eine gewisse Schärfe. Die Verkehrssicherheit an der Ecke Spitzwaldstrasse/Baslerstrasse bewegt sich im Rahmen dessen, was von einer stark befahrenen Kantonsstrasse im Siedlungsgebiet erwartet werden kann. Die Verkehrssituation an dieser Abzweigung ist nicht gefährlicher als anderswo entlang der Baslerstrasse und der Binningerstrasse. Der Gemeinderat hat darum kein punktuell Projekt, das sich nur auf diese Abzweigung beschränkt. Aber selbstverständlich bringt sich der Gemeinderat im Rahmen seiner Möglichkeiten jeweils beim Kanton ein – insbesondere wenn Strassen umgebaut werden oder Erneuerungen bevorstehen – um gute und sichere Verkehrslösungen auf den Kantonsstrassen in Allschwil zu finden.

Zu 3 und 4

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Nein, wir wurden nicht offiziell vom Flughafen informiert, und wir fühlen uns auch nicht speziell dafür zuständig, weil da ja eigentlich die Bundesbehörden zuständig sind. Es ist aber so, dass ich diese Anfrage gleich weitergeleitet habe an den Gemeindeverbund Flugverkehr – das sind die zehn grossen Gemeinden, die sich in unserem Namen dafür einsetzen, dass unsere Anliegen gegenüber dem Flughafen und dem Flugverkehr eingehalten werden. Dort wird dann wahrscheinlich eine Stellungnahme dazu verfasst.

Ich darf gerade mit der 4. Frage anschliessen: Hier geht es darum, dass private Hauseigentümer ihre Liegenschaften überprüfen lassen können, und anhand dieser Überprüfung sehen, welche Massnahmen sie an ihrem Haus machen lassen können, damit es weniger Energie verbraucht. Diese Aktion hat für uns die EBM aus Münchenstein durchgeführt, weil sie hier in Allschwil das offizielle Mandat der Energieberatung abdeckt. Wir haben deshalb die EBM ausgewählt, um diese Veranstaltung durchzuführen. Aber bei den Analysen, die selbstverständlich auch durch andere Fachleute gemacht werden können, würde die Gemeinde selbstverständlich auch die anderen Planungsbüros honorieren mit unseren Förderbeiträgen von 100 Franken. Deshalb kann ich an dieser Stelle bitten: Wenn die Eigentümer sich für eine Analyse entschliessen, schreiben Sie bitte gegebenenfalls auf ihr Bestellformular, dass Sie nicht mit der EBM arbeiten möchten. Dann können wir von der Gemeinde, wenn wir die Rechnung bekommen, den Förderbeitrag an die richtige Stelle auszahlen.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es noch Rückfragen seitens der Grünen? – Gibt es noch weitere mündliche Fragen?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich komme wieder einmal mit einem alten Thema, aber es ist wieder sehr brisant, bezüglich der Schulanfänger: dass man generell wieder vor den Schulhäusern parkiert und beinahe die Kinder umfährt. Und beim Elternabend letzte Woche musste uns der Lehrer sogar sagen, sie haben allmählich Angst, dass Kinder von den abholenden Eltern überfahren werden. Es geht also vor diesen Schulhäusern zu und her, dass es nicht mehr zumutbar ist. Jetzt frage ich einmal Herrn Gemeinderat Pfaff, wie das aussieht: Will man da nicht endlich einmal etwas unternehmen, das Wirkung zeigt, und das man nicht nur aufs Papier schreibt? Für irgendetwas haben wir ja sogar eine Aufstockung der Gemeindepolizei gemacht. Könnte man die mal auf die Sache ansetzen?

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich nehme gern dazu Stellung. Ich fange mit einem Nebensatz an. Die Gemeindepolizei ist in erster Linie einmal reduziert worden im Zusammenhang mit der Auslagerung des Nacht- und Wochenend-Pikettdienstes. Dort wurde sie einmal reduziert. Was kürzlich passiert ist: Da hat man lediglich die vakante Stelle wieder besetzt. – Zur Frage: Ja, das Problem ist altbekannt, da gebe ich Recht. Es ist ärgerlich. Es ist richtig, dass es ärgerlich ist, weil es unnötig Stau verursacht. Es ist gefährlich, weil durch auf der Fahrbahn stehende Autos zusätzliche tote Winkel entstehen, so dass jemandem, der vorbeifahren will, plötzlich ein Kind vors Fahrzeug geraten kann. Aus dem Grund muss man das bekämpfen. Das ist in der Vergangenheit auch schon gemacht worden. Die Gemeindepolizei musste dabei aber feststellen, dass diese „Eltern-Taxis“ wenig Verständnis – nein, ich muss korrigieren: gar kein Verständnis haben für die Anliegen der Gemeindepolizei. Man redet da an eine Wand. Es ist in der Tat so: Wir müssen, weil das wieder zugenommen hat, davon wegkommen, dass man nur das Gespräch sucht. Wir müssen wieder zum Büssen übergehen. Die Gemeindepolizei wird das auch als Schwerpunktthema aufnehmen. Parallel dazu suchen wir weiterhin auch den kommunikativen Weg. Ich habe mich vorhin noch kurzgeschlossen mit Gemeinderat Heinz Giger; wir werden das Thema in einem nächsten Brief an die Eltern auch nochmals

ansprechen, und es wird auch über den Kommunikationsweg der Schule nochmals ein Schreiben zu diesem Thema herausgehen.

Von daher: Ich danke für den Hinweis, dass es wieder eskaliert hat. Und: Ja, wir werden in dieser Richtung etwas unternehmen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Darf ich noch etwas zur Antwort auf die Frage von Simon Zimmermann beifügen? Ist das erlaubt?

Armin Bieri, Präsident: Eigentlich nicht.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Drum frage ich.

Armin Bieri, Präsident: Eine Minute. Kurz und bündig!

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir haben jetzt zum Schulanfang allen Familien eine Broschüre nach Hause gegeben, wo es darum geht, den Wert des Schulwegs zu erklären. Wir haben das Thema „Eltern-Taxi“ auch schon von Seiten der Schule abgeklärt: Der Schulweg untersteht der elterlichen Hoheit, wir haben keinerlei Chance, das zu verbieten. Wir können nur appellieren, dass die Eltern den Weg für die anderen freilassen. Denn es ist klar: Jedes Eltern-Taxi, das vors Schulhaus fährt, zur Sicherheit und Bequemlichkeit des eigenen Kindes, ist die Unbequemlichkeit und Unsicherheit für die anderen Kinder. Aber wir haben von der Lehrerschaft oder der Schulleitung her keine Chance, den Eltern dies zu verbieten. Ich darf en passant, per Zufall, dort durchfahren und das Kind bei der Gelegenheit dort abgeben oder abholen. Wir appellieren, was nur geht. Der Rest ist: die Einsicht von uns Erwachsenen. Das zur Erklärung von unserer Seite.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Dankeschön. Das gibt mir die Gelegenheit, noch etwas zu präzisieren. Ganz richtig: Vorfahren, jemanden aussteigen lassen und wieder wegfahren – das ist erlaubt, das können wir nicht ahnden. Desgleichen gilt: Vorfahren, jemanden, der dort wartet, einsteigen lassen und wieder wegfahren – das ist genauso erlaubt. Das einzige, was wir ahnden können, und was auch ein Ärgernis ist und zu Problemen führt, das sind die, die fünf Minuten vor Schulschluss vorfahren, keinen Parkplatz finden, mitten auf der Fahrbahn warten und einfach sozusagen in zweiter Reihe parkieren und den ganzen Verkehr blockieren, und die somit ein Hindernis darstellen und zusätzliche tote Winkel verursachen. Dieses chaotische Warten, bis dann endlich das Kind kommt – das können wir ahnden, denn das ist schlicht und einfach nicht erlaubt. Dann gibt es vor gewissen Schulhäusern auch ein Halteverbot, und dort ist dann gar kein Halten erlaubt. Also: wir können nur das ahnden, was verboten ist.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur dringlichen Motion, Geschäft 3886. Das Wort hat der Motionär Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Im AMB, der BaZ und der bz wurde das ja gross kommuniziert, schlussendlich dann auch in Tele Basel. Seither gibt es eine richtige Völkerwanderung in den Lützelbachweg. Sehr viele Allschwiler sind das erste Mal in dieser schönen Ecke dort hinten. Störend ist einfach an der ganzen Sache, dass das Gespräch nicht gesucht wurde. Man muss einfach hören, dass diese Dorfbildkommission gesichtet wurde, dass damit gerechnet wurde, dass sie läutet und das Gespräch sucht; und das ist nicht geschehen. Es kam dann einfach ein eingeschriebener Brief, und daraufhin anscheinend unangenehme Gespräche auf der Gemeindeverwaltung. Es ist sicher richtig, dass man Reglemente umsetzen muss. Ich habe aber damals schon, als wir das Dorfkernreglement behandelten, dagegen angekämpft, gegen das „Museum“. Wer mir noch geholfen hat, war Hanspeter Frey von der FDP. Wir beiden waren die einzigen richtigen Kämpfer. Ein paar wenige haben noch mitgemacht. Wir sehen jetzt die Auswirkungen: Da ist ein Kind, das mit seinem Vater zusammen etwas Schlaues gemacht hat, und wird jetzt einfach rigoros aufgefordert, bis Ende Jahr das Schiff verschwinden zu lassen. Anscheinend gibt es keine Möglichkeit, dass man da jetzt einen anständigen Weg finden kann, und das darf einfach nicht sein. Ich bitte daher recht herzlich, dass wir auf meinen Antrag eingehen.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Der Gemeinderat plädiert auf Nichtentgegennahme, resp. auf Nichtüberweisen dieser Motion. Das Erstaunlichste heute Abend ist eigentlich, nach dieser Völkerwanderung und nach diesem Aufruhr in der Presse, dass keine Motion über eine Änderung des Reglements über Teilzonenvorschriften im Dorfkern auf dem Tisch liegt. Das wäre die Hauptaufgabe des Einwohnerrates als Legislative. Die Umsetzung des Reglements aber, die obliegt der Exekutive, also dem Gemeinderat. In den letzten Jahren wurden immer wieder Anträge auf Bauten, Umbauten, Renovationen usw. eingegeben – nicht nur grössere Sachen, auch kleinere. Und alles musste nach den Auslegungen in diesem Reglement beurteilt werden. Das beantragt die Arbeitsgruppe Dorfkern, wie sie genau heisst (und nicht Dorfbildkommission und nicht Heimatschutz oder so). Die Arbeitsgruppe Dorfkern, das sind zwei Fachverantwortliche plus vier einschlägig mit der Materie vertraute Leute. Die beraten und beantragen dem Gemeinderat die entsprechenden Bauprojekte. Schon nur aus Respekt vor diesen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern, die im Dorfkern zum Teil sogar Farben von Balkongeländern beantragen müssen, muss der Gemeinderat einen Entscheid fällen. Und der Gemeinderat hat entschieden, und zwar letzten Mittwoch. Und er hat diese Fahrnisbauten in Form eines Schiffs wegverfügt bis Ende Jahr. Weil der Gemeinderat die Aufgabe, den Dorfkern so zu erhalten und zu pflegen, ernst nimmt, möchte er diese Motion lieber nicht erfüllen. Darum bitten wir euch, den Vorstoss nicht zu überweisen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Nicht nur vom Verfahren her ist das nicht möglich, weil es auch gar keine Motion ist, sondern es widerspricht auch, wie Herr Gemeinderat Morat sagte, der Gewaltenteilung. Der Einwohnerrat wurde gewählt, um diese Zonenreglemente und Zonenpläne zu erlassen. Und der Gemeinderat wurde vom Volk gewählt, um das Ganze umzusetzen; und er hat sich dazu eine Kommission gegeben. Was man allein tun kann, ist die entsprechenden Erlasse anzupassen. Doch auch der FDP sind die Missstände im Bereich des Denkmal- und Heimatschutzes bekannt. Es werden daher auch aus unserer Landratsfraktion Vorstösse kommen, die sich mit konkreten Vorschlägen zur Änderung der entsprechenden Gesetze auseinandersetzen werden. Mehr ist aber nicht machbar.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur Abstimmung.

Antrag: Der Einwohnerrat verlangt vom Gemeinderat, dass er Nachsicht walten lässt und der Familie Lautenschläger die Möglichkeit gewährt, länger als bis Ende 2009 einen neuen Hafen für die Bounty zu finden.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, soll die Karte erheben.

://

Der Antrag wird mit 17 Nein, bei 9 Ja und 5 Enthaltungen, abgelehnt.

458 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 05.08.2009 sowie
Bericht der VPK vom 27.08.2009 betreffend Bewilligung von
Verpflichtungskrediten für die Einreichung von Haltestellen
der Buslinien 64, 38 und 48

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3872/A

Jürg Vogt, Präsident der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen (VPK): Die VPK konnte das Geschäft betr. den Verpflichtungskredit für die Haltestellen der Buslinien 64, 38 und 48 beraten. Der Gesamtkredit beträgt doch fast 600'000 Franken, was sicher viel Geld ist. Trotzdem war das Geschäft in der Kommission nicht umstritten. Man war sich sehr einig. Man konnte konstruktiv diskutieren und hat es auch schnell beraten. Auch konnten konstruktive Anträge gemacht werden.

Zur Buslinie 64 gab vor allem die Haltestelle Spitzwald, die ja an der Kreuzung Herrenweg/Oberwilerstrasse ist, viel zu diskutieren, ist sie doch auch die weitaus teuerste der Haltestellen. Wir müssen auch sehen, diese Haltestelle wird sozusagen auf der grünen Wiese gebaut. Es braucht recht viele Erweiterungen der Strasse usw. Man hat in der Kommission klar gesehen, dass man den Fussgängerstreifen über die Oberwilerstrasse besser sichern sollte und dass der Herrenweg auch ausgebaut werden muss. Es ist ja vorgesehen, den Herrenweg entlang der Häuser gleich zu sanieren; aber für den Rest des Herrenwegs, der die Steigung hinuntergeht, ist im Moment noch nichts vorgesehen.

Zur Buslinie 38: Da gab es ja im Dorf sehr viel Aufruhr wegen der Idee, dass man die Endhaltestelle eines Gelenkbusses – eines eventuellen Gelenkbusses, muss man aber auch sagen – direkt vor das Restaurant setzen möchte. Das wurde auch in der Kommission ganz klar verneint. Zum Glück kam man dann auch eine gute Idee, dass man die Endhaltestelle vor die Missione Cattolica legen könnte an der Baslerstrasse 71. Dort müsste man aus Sicht der Kommission nur die Parkplätze „opfern“. Aber man will das ganz klar offen lassen, und man sagt von Seiten der Kommission: Wenn es einen Gelenkbus braucht, dann soll der Gelenkbus bitte gegenüber der Raiffeisenbank seine Endhaltestelle haben. Und was die Kommission auch ganz klar will, ist, dass die Haltestelle im Dorf bestehen bleibt, dass man dort also weiterhin in den 38er ein- und aussteigen kann.

Die neue Buslinie 48 soll ja endlich die direkte Verbindung zum Bahnhof bringen. Darüber ist man natürlich froh. Die Kommission hat hier vor allem über die Haltestelle Kirche diskutiert. Die ist im Moment ja noch ein Provisorium, weil die Baslerstrasse dann noch saniert werden soll. Man hat diskutiert, ob die Haltestelle dort wirklich richtig ist. Man hat verschiedene Varianten durchgesprochen und musste dann aber doch sagen, dass die jetzige Variante im Moment die richtige ist. Die Buslinie 48 ist ja sicher etwas, das auch für die Allschwiler Bevölkerung da sein soll und nicht nur für die Arbeitnehmer im linksufrigen Bachgrabengebiet. Deswegen stellt die Kommission den Antrag, dass die Buslinie 48 auch am Wochenende bedient wird, und zwar ganztätig mindestens im 30-Minuten-Takt. Wir schreiben in unserem Antrag „mindestens im 30-Minuten-Takt“. Wenn sie im 15-Minuten-Takt bedient wird, ist es auch in Ordnung.

Dann zum Postulat 3730, Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof SBB: Der Gemeinderat stellt den Antrag, dass man das abschreiben soll. In der Kommission kam man dann doch zur Überzeugung, dass man das Postulat erst dann abschreiben sollte, wenn die Buslinie 48 auch realisiert ist, wenn sie auch täglich fährt, sprich an Wochenenden und ganztätig im 30-Minuten-Takt funktioniert.

Zur Kostenschätzung für die einzelnen Objekte: Der Kostenanteil für die Bushaltestelle Spitzwald übernimmt der Kanton zu 32%, dies aus der Diskussion heraus, dass man diese Bushaltestelle eigentlich zuerst an der Hauptstrasse, der Oberwilerstrasse einrichten wollte, sprich der Kanton hätte dann die ganzen Kosten tragen müssen. Man hat aber dann die Haltestelle im Projekt, wie es jetzt vorliegt, in den Herrenweg verschoben. Das Projekt hat der Kanton gemacht. Bauherr wird aber die Gemeinde Allschwil sein. Damit hat sie auch die Kostenkontrolle, was man doch mit Freude zur Kenntnis genommen hat.

Dadurch, dass man den Endaufenthalt auf dem Dorfplatz nicht ausbauen möchte, entfällt der Verpflichtungskredit über diese 65'000 Franken. Diesem Antrag hat also die Kommission nicht zugestimmt.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau - Umwelt: Es ist ja eine ausserordentlich schöne Situation, dass wir heute über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs entscheiden können, und damit auch über diese Bushaltestellen, die eingerichtet werden sollen. Wie es der Präsident der VPK schon sagte, besteht weitgehend Einigkeit über die gemeinderätliche Vorlage. Ich werde daher darauf verzichten, jede Position einzeln durchzubeten. Erlauben Sie mir aber doch, zum Endaufenthalt der Linie 38, der auf dem Dorfplatz gedacht war, noch kurz die Gedanken des Gemeinderates zu äussern, damit Sie unsere Position auch sehen. Bei der Buslinie 38 sollen, wie bereits erwähnt, Gelenkbusse eingesetzt werden. Gelenkbusse sind wesentlich länger als die zweiachsigen Busse, die heute im Einsatz sind. Deshalb musste eine Lösung gesucht werden, wo längere Busse in Zukunft den Endaufenthalt haben können. Am jetzigen Standort ist das nicht möglich, denn vor dem Bus und hinter dem Bus befinden sich private Einfahrten, und die dürfen nicht während des Endaufenthaltes belegt werden. Es wurden deshalb verschiedene Varianten untersucht in der Nähe des Dorfplatzes – das ging aber hinauf bis zur Klarastrasse/Schönenbuchstrasse. Und bei all diesen Varianten ist man vom Kanton Baselland aus auf die Lösung gekommen, die ich Ihnen jetzt auf dem Hellraumprojektor aufgelegt habe. Diese Variante würde den Endaufenthalt vor dem Restaurant Jägerstübli vorsehen und würde bedingen, dass man in diesem Bereich das Trottoir anpassen würde. Wenn man das Trottoir anpasst, wäre es möglich, dass so

ein neuer langer Gelenkbus dort den Endaufenthalt haben könnte und die Leute dort auch ein- und aussteigen würden. Ich möchte Ihnen jetzt zu bedenken geben: Wenn man diesen Endaufenthalt weiter unten in der Baslerstrasse machen würde – was als Alternative von der VPK vorgeschlagen wurde – so hätte das den Nachteil, dass Fahrgäste, die mit der Linie 38 von Basel her kommen und z.B. weiter nach Schönenbuch fahren wollen, bei der Missione Cattolica aussteigen müssten, dann ein Stück bis zur Binningerstrasse oder zum Dorfplatz zu Fuss gehen müssten und dort auf den Bus 33 nach Schönenbuch umsteigen müssten. Aus meiner Sicht wäre das sehr unzumutbar. Deswegen, weil wir das eben sehr eingehend geprüft haben, sind wir zum Entschluss gekommen, trotz der sehr unsensiblen Bushaltestelle am Dorfplatz dennoch dem Kanton zu folgen und zu sagen, das wäre der richtige Ort. Damit würde sichergestellt, dass der Endaufenthalt dort ist, wo auch die Hauptverkehrsbeziehungen stattfinden. Dadurch wird der öffentliche Verkehr wirklich auch gestärkt. Wir sind nicht bereit, amputierte Lösungen vorzunehmen, bei denen man dann wieder irgendwo auf der Strecke umsteigen muss. Deswegen habe ich Ihnen jetzt auch die Haltestelle gezeigt, die am Dorfplatz errichtet werden soll. Betrachten Sie das also als Grundvariante des Gemeinderats. Und für die VPK werden dann die Varianten, wie gesagt, von Jürg Vogt erklärt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion teilt die Meinung der Kommission. Man kann mit dem, was die Kommission ausgearbeitet hat, auch einen rechten Batzen Geld sparen, und ich denke, das ist auch richtig so. Zumal das Bild dort oben mit einem Gelenkbus vor dem Restaurant nicht wirklich toll ist, wie man vorhin gerade gesehen hat. Die Dorfbildkommission schaut sonst schon herum. Aber dass man uns das zumuten will, finde ich nicht unbedingt einen Hit. Und etwas anderes: Zwei Meter zu Fuss zu gehen bis zur Binningerstrasse ist, glaube ich, für jeden zumutbar, denn es muss jeder daheim erst einmal aus dem Haus und bis an die Tramhaltestelle gehen. Und dort, an der Missione Cattolica, ist gewährleistet, dass man auf den 6er umsteigen kann und auf den 33er. Ich weiss nicht, wo das Problem sein soll, oder wo da der Gemeinderat das Problem sieht.

Dr. Markus Gruber, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP-Fraktion stimmen dem Kredit für die Buslinien 64 und 48 zu. Wir sind gewillt, das Geld auszugeben, weil wir denken, dass dies eine lohnende und wichtige Investition für Allschwil ist, und wir begrüßen die Errichtung der neuen Buslinien 64 und 48. Die FDP/GLP-Fraktion lehnt aber die Errichtung der Haltestelle für die Buslinie 38 am Dorfplatz ab. Wir sehen da keine Notwendigkeit für die Errichtung der Endhaltestelle gegen den Volkswillen am Dorfplatz, weil eine gute Alternative existiert. Wir glauben auch, dass es zumutbar ist, diese paar Schritte an die Binningerstrasse zu Fuss zu gehen. Die geplante Endhaltestelle könnte möglicherweise auch ein Problem für die Verkehrssicherheit aufwerfen, und zudem wollen wir auch kein Geld investieren, wenn nicht klar ist, ob es dann auch benötigt wird, falls zum Beispiel die Buslinie 38 einmal nach Hegenheim verlängert wird. Die FDP/GLP-Fraktion stimmt den Anträgen der VPK zu.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Ein attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ist Voraussetzung dafür, dass auf das eigene Auto verzichtet und somit die Umwelt entlastet wird. Aus diesem Grund unterstützen wir von Seiten der grünen Fraktion die Postulate der VPK. Wir freuen uns auf die neue Direktverbindung nach Arlesheim und auf den Direktanschluss an den Bahnhof SBB. Allerdings sind auch wir der Meinung, dass das, wie es bis jetzt kommuniziert wird, nämlich dass die Verbindung nur zu den Hauptverkehrszeiten stattfindet, nur einen ersten Schritt darstellt. Ziel müsste sein, dass die Verbindung dauerhaft und auch an Wochenenden und rund um die Uhr bestehen bleibt. Wir sind auch der Meinung, dass die Allschwilerinnen und Allschwiler mehr von dieser Lösung profitieren würden, wenn speziell auch am Wochenende die Verbindung zum Bahnhof bestehen würde. Die Endhaltestelle im Dorfkern lehnen auch wir ab. Wir sind der Meinung, es ist zumutbar, dass die Leute an der Endstation vorher ein paar Minuten warten, bis der Bus weiterfährt; dann entfällt auch das mit dem zusätzlichen Weg. Aus dem Grund folgenden wir den Empfehlungen der VPK.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Auch die SP/EVP-Fraktion folgt den Anträgen der VPK. Ich möchte einfach noch auf folgendes hinweisen und es bestärken: Was die Endhaltestelle angeht, sind wir hier im Einwohnerrat, der jetzt einmal diesen Antrag annehmen kann. Es handelt sich aber um eine Kantonsstrasse, und schlussendlich sagt leider der Kanton dort, was er will. Und es könnte passieren, dass der Kanton eben alles zahlt und trotzdem baut. Daher einfach der Wunsch, dass alle Wege, auch seitens des Gemeinderates, eingeschlagen werden, damit dem Willen, der hier zum Ausdruck kam, entsprochen wird. Dann möchte ich noch vehement darauf hinweisen, dass die neue Buslinie 48 nur dann hinreichend attraktiv wird, wenn sie wirklich ganztägig und auch am Wochenende gefahren wird. Denn es kann nicht sein, dass so eine Linie nur für das Bachgrabengebiet, also für die Werktätigen, da

ist, sondern die muss wirklich auch für die ganze Öffentlichkeit sein. Und ich bin der Meinung, das findet nur statt, wenn sie wirklich ganztägig, mindestens im 30-Minuten-Takt, lieber öfter, und vor allem auch am Wochenende fährt.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Zuerst einmal etwas Erfreuliches. Die CVP ist über den grosszügig geplanten Ausbau des ÖV in Allschwil sehr froh. Mit der neuen Buslinie 64 gibt es eine gute Erschliessung des neuen Wohngebietes im Ziegelei-Areal, das ja auch immer grösser wird. Was ein wenig ein Problem ist, ist der komplizierte Ausbau der Bushaltestelle Spitzwald. Das könnte zu einer Verzögerung der Inbetriebnahme dieser Buslinie führen. Wichtig aber ist, dass bei der Planung der Einfahrt des Herrenwegs in die Oberwilerstrasse dem Sicherheitsaspekt grösste Aufmerksamkeit gewidmet wird, wie das auch die VPK fordert. Im Mai 2007 hatte die CVP mit einem Postulat eine direkte Verbindung zum Bahnhof SBB gefordert. Mit der Buslinie 48 wird jetzt diesem Anliegen Folge geleistet. Zurzeit ist es aber leider so, dass man die vorgesehenen Fahrtfrequenzen auf dieser Linie noch nicht sicher weiss. Wünschenswert auch für uns wie für die VPK ist, dass dieser Bus auch den Tag hindurch und an den Wochenenden fährt, wie das schon meine Vorredner sagten. Und nun schlussendlich zur geplanten Einführung des Gelenkbusses auf der Linie 38 mit Endhaltestelle im Dorf: Die CVP-Fraktion – so wie die gesamte VPK – lehnt das ab. Unser schönes Dorf wird jeden Tag von einer Autolawine durchquert, und jetzt soll auch noch ein riesiger Gelenkbus das Dorfbild zerstören. Das ist eine Zumutung und zeugt von sehr wenig Sensibilität der Planer im Kanton. Über die Köpfe der Gemeinde hinweg wurde diese Massnahme geplant. Eine Bushaltestelle am Dorfplatz können wir Allschwiler nicht akzeptieren. Der Kanton ist gefordert, dafür eine andere Lösung zu finden – eventuell den Vorschlag der VPK aufzunehmen und anzuschauen. Es bleibt zu hoffen, dass BVB und der Kanton Verständnis für uns aufbringen und eine kreative Lösung finden werden. Der Kredit für den Ausbau der Haltestelle wird von der CVP-Fraktion nicht gesprochen. Und das Postulat möchten wir zurzeit nicht abschreiben. Wir möchten zuerst die Inbetriebnahme der Buslinie abwarten.

Josua Studer, parteilos: Wir sind von der Eintretensdebatte direkt in die Geschäftsbehandlung übergegangen. Deshalb habe ich mich jetzt auch zu Wort gemeldet. Ich möchte auch gerne die ganze Vorlage näher betrachten. Grundsätzlich ist das mit den neuen Buslinien und Bushaltestellen eine tolle Sache – bis auf einen einzigen Punkt, den alle auch schon erwähnt haben: Knacknuss Dorf. Ich möchte kurz den 64er ansprechen. Da hat die VPK, wie ihr ja im Bericht lesen könnt, Wünsche bezüglich der Sicherheit am Spitzwald oben. Es ist befremdend, dass jetzt der Kanton Schwierigkeiten macht und es nicht ermöglicht, dass ab Einführung der Linie 64 die Haltestelle im Spitzwald oben angelegt werden kann. Der Gemeinde Allschwil war versprochen worden, dass es ein beschleunigtes Verfahren gibt, dass man dort oben die Strasse schnell verbreitern könnte. Aber anscheinend wird in dieser kantonalen Verwaltung nicht sehr gut kommuniziert, wie ich selber am eigenen Leib als Landrat spüren musste. Ich habe jetzt viermal versucht, eine Machbarkeitsstudie zu erhalten. Nach langem Drängen und Drohen hat man mir versprochen, man werde einmal in den Keller gehen und suchen. Aber seither sind auch wieder mehr als zwei Wochen vergangen. Es ist nicht so toll mit diesem Kanton. Es wäre wünschenswert, dass da mehr getan würde. Wir haben in der VPK dem Gemeinderat klar den Auftrag gegeben, er solle den Herrenweg priorisieren, nach Möglichkeit noch vorher provisorisch eine Haltestelle einrichten, sobald die Strasse breit genug ist, auch wenn noch nicht Fahrplanwechsel ist – das wäre sicher machbar. Dann ist es mit dieser Linie 38 so eine Sache. Da wollen der Kanton und die BVB unbedingt diese Haltestelle im Dorf anlegen, wegen dem Anschluss an den 33er und an den 6er, das sei zwingend. Und es hiess richtig, dass geplant ist, dass der 38er einmal nach Hegenheim fahren soll. Die Idee ist momentan so, dass jeder zweite Bus nach Hegenheim fährt. Das heisst, Allschwil-Dorf wird nur noch halbstündlich bedient. Und der Bus fährt ja nicht, wenn er nach Hegenheim fährt, zuerst durchs Dorf, sondern der biegt oben am Hegenheimermattweg rechts ab in Richtung Grenze und fährt dann nach Hegenheim. Bitteschön: Wo ist dort der Anschluss an den 6er, wo ist dort der Anschluss an den 33er? Ich finde es eine Frechheit, wenn vom Kanton ins Feld geführt wird, dass man aus diesem Grund eine Haltestelle ums Verrecken im Dorf braucht. Die Idee ist ja, die Haltestelle vor der Missione Cattolica anzulegen und anschliessend weiterzufahren ins Dorf. Es heisst, es gebe sehr viele Leute, die ins Dorf hinauf fahren wollen. Ich kann euch aus erster Hand – als Buschauffeur unter anderem dieser Linie 38 – ganz klar bestätigen: Wir haben sehr, sehr, wehr wenige Fahrgäste, die ins Dorf fahren. Und die, die ins Dorf fahren, steigen weder auf den 6er noch auf den 33er um, sondern die fahren nachher zum Friedhof oder sie steigen bei der Grenze aus. Und die warten heute schon im Dorf oben, während der Bus Wendeaufenthalt macht, im Fahrzeug drinnen. Also können sie auch bei der Missione Cattolica warten. Von dort aus, wenn jemand auf den 33er will, die paar Meter hinauf zur Binningerstrasse – da haben wir ganz andere Situationen im Raum Basel, wo die Wege bei den Umsteigemöglichkeiten sogar weiter sind. Ich spreche nur schon das Gundeli an: Linie 15/16 auf den 36er, da läuft man um einiges weiter, wenn man den Anschluss machen will. Und das ist im Stadtbereich. Somit ist es absolut zumutbar. Es ist mit wenigen Aufwendungen

realisierbar. Somit müsste der Bus nur ins Dorf fahren, an der jetzigen Haltestelle schnell die Türe öffnen, die Leute einsteigen lassen und weiterfahren, sofern es welche hat, die dort zusteigen wollen. Die Endstation, die da gebaut werden sollte, kostet die Gemeinde 65'000 Franken. Der Kanton zahlt noch mal 65'000, das sind 130'000 Franken. Ich bin gespannt, ob der Kanton bereit ist, diese 65'000 Franken zu übernehmen, wenn wir das heute Abend nicht sprechen. Und so, wie es aussieht, wird es ja auch nicht gesprochen. Und ich erwarte das eigentlich auch von euch allen zusammen. Es sind genug Unterschriften gesammelt worden, im Dorf oben und auch von anderen Leuten. Und da möchte ich Frau Olga Sutter, Franz Willi und all den anderen, die das gemacht haben, herzlich danken für ihren Einsatz. Das hat gezeigt, man kann etwas miteinander machen. Man kann ein Zeichen setzen. Und jetzt geben wir der BVB und dem Kanton ein Zeichen. Wir sprechen das Geld nicht, und sie werden sich hoffentlich hüten, diese 65'000 selber aufzubringen und die Haltestelle anzulegen. Sonst müssen wir einfach *usestuehle*, die ganze Beiz einfach auf die Strasse hinaus stellen, und dann schauen wir weiter. Wir können nämlich auch, was die Walliser und andere können.

Dann komme ich noch zur Buslinie 48. Ich bin hoch erfreut, dass alle zusammen das jetzt auch wünschen, dass dieser Bus ganztägig verkehren sollte, dass er am Wochenende verkehren sollte. Ich habe in der Beratung in der VPK darauf hingewiesen: Habt ihr gemerkt, da steht nur „Morgen- und Abendspitzen“. Das heisst, am Wochenende wird er sicher nicht fahren. Dann haben wir das genauer angeschaut. Und das liegt ja auch dem Postulat zugrunde, das man nach Meinung des Gemeinderates abschreiben soll. In dem Postulat wird ja gewünscht, dass Allschwil einen Anschluss an den Bahnhof bekommt, und nicht Actelion, oder wer auch immer dort hinten ansässig ist im Hegenheimer Quartier. Als wir dann im Weiteren die Streckenführung anschauten, sagte ich auch: Der 48er hält erst einmal an der Kirche, und dann wieder an der Wanderstrasse. Ich habe dann beantragt zu schauen, dass man auch an der Parkallee/Ecke Spitzwald eine Haltestelle einrichten würde, wie es der 33er hat. Denn wir haben ja den Elco-Park, wo gebaut wird, und auch in der Spitzwaldstrasse werden noch weitere Sachen gebaut, dazu der ganze Sandweg. Daher wäre es eine tolle Sache, wenn wir dort auch eine Haltestelle hätten. Somit wird das eine ganz tolle Sache für Allschwil. Dann können auch die Leute vom Lindenplatz hinauf zur Kirche gehen und haben dort ganztägig diesen Bus zum Bahnhof. Im Moment wird er sicher nur halbstündlich sein. Aber es ist gut, dass im Bericht der VPK drinsteht „mindestens“. „Mindestens“ heisst, man kann noch mehr fordern. Wir haben es ja auch beim 33er so: Wenn die Zahlen gut sind, wird er als 15-Minuten-Takt geführt. Und ich hoffe fest, dass ihr weiterhin den ÖV benutzt, dann kommt das nämlich gut. Daher dieses Postulat vorerst sicher nicht abschreiben, bevor wir nicht die Zusicherung haben, dass der Bus ganztägig und an Wochenenden fährt. Ich bitte euch, dieser Vorlage zuzustimmen so, wie die VPK es empfiehlt.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich möchte etwas in Erinnerung rufen. Was wir heute Abend miteinander erleben, ist ein historischer Augenblick. Es sind jetzt doch eine Menge neuer Forderungen, Gedanken und Ideen aufgetaucht. Alle berechtigt – aber meine Güte: behalten wir das Ganze im Blick! Seit Jahr und Tag, über 20 Jahre lang, kämpfen wir für einen Bahnanschluss mit dem öffentlichen Verkehr. Und wir haben ihn bekommen. Er wird realisiert werden. Ich möchte das einfach nochmals mit aller Deutlichkeit unterstreichen. Heureka! Es hat endlich funktioniert. Das Gleiche gilt für die Buslinie 64. Ich möchte auch das unterstreichen. Klar, haben wir noch ein Problem mit der Busstation im Spitzwald oben. Da hat man auch beim Kanton alle Termine und Fristen verpasst. Leider. Aber, nichtsdestotrotz, das ist die allererste direkte Verbindung mit dem ÖV von Allschwil ins Leimental, und, meine Güte, nicht nur bis Oberwil oder Gym Oberwil, sondern es geht weiter Richtung Therwil, Reinach, Arlesheim, Dornach/SBB. Notabene, auch in Dornach gibt es eine Bahn. Also, wie gesagt, ich möchte einfach darauf hinweisen, das ist ein historischer Augenblick heute Abend. Vergessen wir das nicht ganz. Bei der Buslinie 38 ist es selbstverständlich: Der Gemeinderat hat mit grossem Schrecken festgestellt, dass die Bevölkerung vom Kanton nicht mit einbezogen wurde, dass die Eigentümerschaft vom Kanton nicht einbezogen wurde. Das haben wir auch moniert, und wir haben uns auch schriftlich vernehmen lassen, dass es so nicht geht und absolut nicht erwünscht ist. Ich habe einmal gesagt: Da wird am Herzen der Gemeinde operiert. Wie es weitergeht, wissen wir nicht. Ich denke, wenn heute durch den Einwohnerrat ein Zeichen gesetzt wird bezüglich dieser Busstation im Dorf, dann wird sich der Kanton nicht einfach darum foutieren können. Wir werden so rasch wie möglich das Gespräch über eine vernünftige Lösung suchen. Ich muss sagen, ich gehe davon aus, dass in Zukunft eher einmal auf diesen Gelenkbus verzichtet wird und ein Stückweit alles beim Alten bleibt. Dann geht es weiter mit der Suche nach Lösungen. Die Baslerstrasse wird noch totalsaniert werden. Die Tramlinie 6 wird totalsaniert werden. Pläne gibt es auch generell für den Dorfplatz als solchen, für den eine Planungsstudie in Auftrag gegeben werden soll. Das haben wir einst auch zufälligerweise in einer Vorlage des Kantons gelesen und sind dann vorstellig geworden – Siro Imber, hörst du zu? Und wir haben gefragt, was da genau geplant wird, damit wir dem Thema nachgehen können. Und dann – da hat Josua Studer völlig recht – wenn die Buslinie dereinst nach Hegenheim hinaus geht – Park & Ride, das ist auch eine alte Idee vom

Gemeinderat, die weiterhin favorisiert werden soll. Langer Rede kurzer Sinn: Es besteht heute höchster Anlass zu grosser Freude über diese neuen ÖV-Verbindungen, die Allschwil bekommt und auch braucht.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir gehen jetzt direkt zu den Anträgen...

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Es tut mir leid, ich bin nicht Fachmann. Bevor wir diese Anträge jetzt durchgehen, habe ich noch eine Frage. Und zwar haben wir heute Abend bei der Sondervorlage für das Schulzentrum angestimmt. Und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Und ich sehe jetzt mehr oder weniger zufällig, aber es ist mir aufgefallen, dass wir einmal eine Kostengenauigkeit von 5% hatten und jetzt eine solche von 10%, und dass wir bei der Baukostenteuerung einmal Index April 09 / Basis April 1998 haben, das gibt dann 122%. Hier haben wir jetzt Oktober 1998, und es gibt 126%. Das ist eine Kleinigkeit. Aber als Nichtfachmann wollte ich fragen: Ist das normal, dass man verschiedene Indexe und verschiedene Kostengenauigkeitsgrade hat? Das ist nur eine Verständnisfrage.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Darf ich das schnell ausräumen. Es ist natürlich klar, der Starttermin ist entscheidend. Die Teuerung wird ja immer ab einem Stichtag gerechnet. Letztendlich ist es immer nur der prozentuale Unterschied von Jahr zu Jahr. Es spielt also überhaupt keine Rolle, wann wir starten. Wir müssen einfach sagen, welche Referenz wir haben, was wir also als 100% zugrunde legen. Aber es spielt überhaupt keine Rolle. Das ist ja nur die Teuerung von einem Jahr aufs nächste.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich verstehe das schon, es ist ja deutlich geschrieben. Die Frage ist nur, warum man verschiedene Werte nimmt. Und die Antwort war: Hoch- und Tiefbau haben verschiedene Indexe. Das war es, was ich gehört hatte. Wenn ihr schaut auf Seite 5 und auf Seite 11, dann sind das zwei verschiedene Sachen. Das ist nur ein Hinweis. – Den Kostengenauigkeitsgrad lassen wir – 5 und 10%...

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Der ist bei unserem Projekt verbindlich. Davon können wir nicht abweichen. Wir zahlen ja zum Teil auch den Anteil an die kantonalen Kosten. Von daher gesehen können wir die Kostengenauigkeit des Kantons nicht beeinflussen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das heisst also, Kanton und Gemeinde haben verschiedene Zahlen. Dankeschön.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über die Anträge der VPK ab, mit Ausnahme des 3. Antrages bezüglich der Buslinie 38. Den stellen wir dann dem Antrag des Gemeinderats gegenüber, um zu sehen, welchen wir weitergeben.

1. Antrag zur Buslinie 64: Beim Projekt der Haltestelle < Spitzwald > muss die Verkehrssicherheit überprüft werden. Im speziellen soll das Kreuzen von Bus und Auto problemlos möglich sein. Der Fussgängerstreifen über die Oberwilerstrasse ist mit baulichen Massnahmen besser zu sichern

//:

Grossmehrheitlich ja

2. Antrag zum Herrenweg: Der GR muss der Sanierung des Herrenwegs 1. Priorität zukommen lassen.

//:

Grossmehrheitlich ja

4. Antrag zur Buslinie 48: Bei der Kreuzung Parkallee/Spitzwaldstrasse muss eine zusätzliche Haltestelle für die Buslinie 48 errichtet werden. Auch soll die Buslinie 48 ganztägig mindestens im 30-Minuten-Takt bedient werden, täglich, auch an Wochenenden.

://:

Grossmehrheitlich ja

Armin Bieri, Präsident: Jetzt kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates.

1. Für die Errichtung von Haltestellen der Buslinie 64 und die Anpassung der Lichtsignalanlage Grabenring/Hegenheimerweg wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 510'000 bewilligt.

://:

Grossmehrheitlich ja

Armin Bieri, Präsident: Jetzt wird Antrag 2 des Gemeinderates:

2. Für die Errichtung der Endhaltestelle der Buslinie 38 am Dorfplatz wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 65'000 bewilligt.

gegenübergestellt dem Antrag 3 der VPK:

3. Antrag zur Buslinie 38: Der Endaufenthalt am Dorfplatz für einen Gelenkbus wird abgelehnt und stattdessen die Errichtung des Endaufenthaltes bei den Parkplätzen vor der Missione Cattolica, Baslerstrasse 71, gefordert. Die Haltestelle im Dorf muss bestehen bleiben.

Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen möchte, bezeugt dies mit der Karte.

://:

Einstimmig Nein

Wer dem Antrag der VPK zustimmen will, erhebt die Karte.

://:

Einstimmig Ja

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu Antrag 3 des Gemeinderates:

3. Für die Errichtung von Haltestellen für die Buslinie 48 und die Anpassung der Lichtsignalanlage Parkallee/Spitzwaldstrasse wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 20'000.00 bewilligt.

://:

Einstimmig Ja.

4. Für die beantragten Verpflichtungskredite wird eine allfällige Baukostenteuerung (Schweiz. Baupreisindex Tiefbau, Schweiz, Indexstand April 2009 = 126.6, Basis Oktober 1998 = 100) genehmigt.

://:

Einstimmig Ja.

5. Der Kostengenauigkeitsgrad von +/- 10% wird zur Kenntnis genommen.

://:

Einstimmig Ja.

6. Das Postulat No. 3730 „Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof Basel SBB“ wird als erfüllt
abgeschrieben.

://:

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft 3872.

://:

Einstimmig Ja.

Armin Bieri, Präsident: Damit möchte ich diese Sitzung abschliessen. Leicht überzogen, aber wir konnten dieses letzte wichtige Traktandum noch bewältigen.

Noch eine Mitteilung der Bürgergemeinde: Die Bürgergemeinde hat am Freitag, 18. September, hier in diesem Saal einen Info-Abend über die Einbürgerung und lädt alle Anwesenden ein.

ENDE DER SITZUNG